



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

KOORDINIERUNGSSTELLE



HANDELN FÜR EINE
**JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT**

JUGENDSTRATEGIE 2015-2018
„HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“

AUFTAKTVERANSTALTUNG

AM 9. JULI 2015 IN BERLIN



INHALT

Begrüßung	4
Mike Corsa, Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums	
Jugendtheatergruppe	6
„lebiver eigens – die Partei der Leitbildversierten Eigenständigen gibt sich die Ehre“	
Rede zur Jugendstrategie 2015-2018	8
Manuela Schwesig, Bundesjugendministerin	
Videoclip zur Jugendstrategie	17
Podium mit der Bundesjugendministerin und Jugendlichen	19
Präsentation der Koordinierungsstelle	23
Jana Schröder, Leiterin der Koordinierungsstelle	
Projektpräsentationen	30
Jugend-Check als Sensibilisierungs- und Prüfinstrument für jugendgerechte Politik	32
Gastgeber und Bericht: Deutscher Bundesjugendring	
Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland	36
Gastgeber und Bericht: JUGEND für Europa	
Jugendgerechte Kommunen	39
Gastgeber und Bericht: Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“	
Podium mit zentralen Gestaltungspartnern der Jugendstrategie	49
Abschluss	58
Jugendpolitischer Abend	59
Evaluation	64

„Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ – unter diesem Motto stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seine Politik für junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren neu auf. Unter dem Dach der Jugendstrategie 2015-2018 kommen viele Partner zusammen; Jugendliche und ihre Vertretungen werden beteiligt. So auch bei der Auftaktveranstaltung am 9. Juli 2015, zu der das [Bundesjugendministerium](#) gemeinsam mit der [Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“](#) ins Berliner dbb forum eingeladen hatte. Kooperationspartner war das [Bundesjugendkuratorium](#). 280 junge und ältere Gäste aus Fachwelt, Politik und Gesellschaft wurden über die Jugendstrategie und ihre Einzelvorhaben informiert: dazu zählen u. a. die Unterstützung und Vernetzung von Kommunen auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit, die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland sowie die Entwicklung eines Jugend-Checks als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument für jugendgerechte Politik. Diese Dokumentation orientiert sich am Verlauf der Tagung und bietet Einblicke in einen gelungenen Auftakt mit spannenden Diskussionen. Christiane Poertgen moderierte.



Vor der offiziellen Eröffnung der Veranstaltung wurden Twitter-Clips gezeigt, in denen Jugendliche verschiedene Fragen zur Zukunft, zu Politik und zu ihren Interessen und Bedürfnissen beantworten.



Was ist für Dich ein Zukunftsträger?



Was wünschst Du Dir von Politik?



Was machst Du, wenn der Tag 28 Stunden hat?



Was würdest Du für die Jugend tun?



Siehst Du Dich als Zukunftsträgerin?



Was gibst Du Politikern mit auf den Weg?



Was verbindest Du mit dem Wort Zukunft?

BEGRÜßUNG

MIKE CORSA, VORSITZENDER DES BUNDESJUGENDKURATORIUMS

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schwesig, sehr geehrte Staatssekretärin Caren Marks, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste und vor allem liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine jugendgerechte Gesellschaft: Seien Sie alle herzlich willkommen bei dieser Auftaktveranstaltung für die Jugendstrategie der Bundesregierung „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ auf Initiative der Bundesjugendministerin.



Dieses heutige Forum ist eine Sternstunde dieser Legislaturperiode. Sie, Frau Bundesministerin, und Ihr Haus nehmen erkennbar Verantwortung für die Jugend wahr, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Kräften. Zu nennen sind hier exemplarisch der Deutsche Bundesjugendring und die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Es geht darum, in der Öffentlichkeit ein realistisches Bild von Jugend zu präsentieren, für eine angemessene Förderung dieser herausfordernden Lebensphase und für eine wirkungsvolle Einbeziehung junger Menschen zu kämpfen. Die Jugend bekommt mit dieser Strategie eine stärkere Stimme am Kabinettstisch. Das freut uns sehr. Und es ist dringend notwendig, denn bekanntlich werden ja die Wahlen in anderen Alterssegmenten der Bevölkerung gewonnen. Mit den erwartbaren Folgen für politische Schwerpunkte.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt macht eine starke Jugendministerin mit einem handlungsfähigen und handlungsbereiten Jugendressort notwendig. Betrachtet man in diesen Tagen die Aktivitäten verschiedener Regierungsressorts – das machen wir als

Bundesjugendkuratorium zur Zeit –, so kann man entdecken, dass die Jugend durchaus überall eine Rolle spielt, jeweils aber unter spezifischen Blickwinkeln und nach sehr unterschiedlichen Interessenslagen. Eine solche Topografie der Jugendpolitik lässt aber auch erkennen, dass eine stärker koordinierende Hand durch ein Jugendministerium sehr hilfreich und im Sinne einer kohärenten Politik für junge Menschen sinnvoll wäre, wie es schon das Bundesjugendkuratorium 2009 gefordert hat.

„Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ – da liegt aus meiner Sicht für eine politische Strategie richtig Musik drin. Dieses Motto stellt aber natürlich auch ambitionierte Anforderungen an politisch Verantwortliche, denn mit Sonntagsreden und einigen zusätzlichen Textbausteinen für die Prüfung von Gesetzesvorlagen ist es in der Tat nicht mehr getan, wenn junge Menschen Vertrauen in die Institutionen der Demokratie gewinnen sollen – und das ist heute zentral wichtig. Da geht es zunächst natürlich darum, Anforderungen für jugendliches Leben nicht aus Erwachsenenperspektive zu bestimmen. Ja, es ist angesagt, junge Menschen wirkungsvoll einzubeziehen und vielfältige Möglichkeiten zu schaffen, ihre Sichtweisen in gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen zur Geltung zu bringen – Jugendpolitik mit jungen Menschen.



Der heutige Tag wird demonstrieren, auf welchen Weg sich die Partnerinnen und Partner für die Umsetzung der Jugendstrategie machen.

Von einer wirkungsvollen und nachhaltig organisierten Beteiligung junger Menschen in ihren Lebenswelten über einen Jugend-Check zur Gesetzesfolgenabschätzung bis hin zu einer Jugend-Brille für sämtliche Vorhaben innerhalb der Demografiestrategie der Bundesregierung: junge Menschen beteiligen, für junge Menschen sensibilisieren.

An diese Jugendstrategie wird aber auch die Frage nach Gerechtigkeit gestellt, nach Teilhabe und Verwirklichungschancen beispielsweise für junge Menschen, die armutsgefährdet sind.

Sie alle hier im Raum kennen wahrscheinlich die hohen Zahlen auch noch in Deutschland, und natürlich aktuell die Zahlen junger Flüchtlinge. Hier muss das Interesse der jungen Menschen eindeutig Priorität haben vor anderen Handlungskriterien. Alle Forschungsergebnisse und auch

die Praxis mit jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe zeigen: Diese jungen Menschen wollen ein anerkannter Teil der Gesellschaft werden, wollen eigenständig leben, wollen sich aktiv beruflich und zivilgesellschaftlich engagieren. Wer anderes behauptet – das stimmt nicht! Diese jungen Menschen, die ausgegrenzt sind, wollen sich engagieren, und sie wollen Freiräume für ihre Entfaltung haben. Dies zu unterstützen ist eine der obersten Aufgaben der Politik und der Zivilgesellschaft. Frau Ministerin, ich begrüße deshalb sehr, dass Sie sich und Ihr Haus mit entsprechenden Gesetzesinitiativen zu Interessenvertretern junger Flüchtlinge machen. Ebenso begrüßenswert ist der Wille zur inklusiven Lösung, also zu einem Kinder- und Jugendgesetz, das die Förderung aller jungen Menschen umfasst, und nicht nach körperlichen oder geistigen Merkmalen unterscheidet. Das ist der richtige Weg für eine erkennbare und starke Jugendpolitik im Interesse junger Menschen.

Das Bundesjugendkuratorium steht weiter an der Seite des Jugendministeriums und seiner Gestaltungspartner und begleitet die Weiterarbeit an der Jugendstrategie und ihre Umsetzung auch zukünftig intensiv. Die Auftaktveranstaltung wird einen ersten Überblick über die Vorhaben geben. Ich wünsche uns allen gute Beratungen und hoffe auf anregende Impulse.

JUGENDTHEATERGRUPPE

„LEBIVER EIGENS – DIE PARTEI DER LEITBILDVERSIERTEN EIGENSTÄNDIGEN GIBT SICH DIE EHRE“

Im Anschluss führte eine Jugendtheatergruppe (Amelie Kruspe, Jessy Schüler, Johann Sbach) unter Leitung von Jan Holten eine Interpretation der [Leitlinien Eigenständiger Jugendpolitik](https://www.jugendgerecht.de) auf.





REDE ZUR JUGENDSTRATEGIE 2015-2018

MANUELA SCHWESIG, BUNDESJUGENDMINISTERIN

Lieber Mike Corsa, liebe Frau Professorin Böllert, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, liebe Jugendliche und junge Erwachsene, liebe Gäste, auch von mir ein herzliches Willkommen. Ich begrüße Sie und Euch ganz herzlich zur Auftaktveranstaltung der Jugendstrategie 2015-2018 unter dem Motto „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“.



Ich möchte mich auch ganz herzlich bedanken bei der Theatergruppe aus Greifswald in meinem Heimatbundesland Mecklenburg-Vorpommern. Das hat mir natürlich doppelt gut gefallen, und ich glaube, die Theatergruppe hat ganz anschaulich gezeigt, dass die Werte, die wir Erwachsenen oft predigen, Werte sind, die junge Menschen auch von uns erwarten, aber dass sie aus ihrem Blickwinkel nicht immer sehen, dass wir selbst tatsächlich im Handeln konsequent bleiben.

Die Bilanz einer großen Onlinezeitung zum letzten Sommerwochenende hieß „Massenschlägerei in Berlin – rund 60 Jugendliche prügeln sich in Neuköllner Freibad“. Wären

die Jugendlichen mal zu Hause geblieben, könnte man denken, aber von wegen, da sitzen sie ja angeblich nur stundenlang vor dem Rechner. 100.000 Jugendliche seien computersüchtig oder zumindest davon bedroht. Ein bekannter Hirnforscher hat vor ein paar Jahren sogar vor einer „realitätsfernen Prägung der Gehirne von Kindern“ gewarnt, wenn sie zu viel Zeit mit Handy oder Computer verbringen. Und wir Eltern haben auch noch richtig Angst davor. Was das Komasaufen angeht, haben die Jugendlichen gerade Glück. Die Zahl geht zurück. Aber – das sagen die Zeitungen gleich dazu – es gibt keine Entwarnung.

Ich will all diese Probleme nicht verharmlosen, aber wer schreibt über die Millionen von Jugendlichen, die sich freiwillig engagieren? Wer schreibt, um nur ein Beispiel zu nennen, über die beiden deutschen Jugenddelegierten bei den Vereinten Nationen? Zwei Jugendliche, die ein Jahr lang durch unser Land reisen, mit anderen Jugendlichen sprechen, um dann in New York die Sicht der Jugend bei den Sitzungen der Vereinten Nationen vorzubringen. Wer schreibt über Jugendliche, die sich in ihrer Freizeit bei der Freiwilligen Feuerwehr oder – aktuell jetzt in der Badesaison – beim DLRG, im Sportverein oder im Studierendenparlament engagieren? Ich kann verstehen, dass Jugendliche genervt sind von diesem Bild, das oft in der Gesellschaft gezeichnet wird, und ich kann auch verstehen, dass sie sich darin nicht wiedererkennen und sagen: „Dann ohne mich!“

„Ohne mich“ sagen auch viele Jugendliche bei politischen Wahlen. Die Wahlbeteiligung ist umso niedriger, je jünger die Altersgruppe ist. Das ist ziemlich ernüchternd für all diejenigen unter uns, die sich für eine Absenkung des Wahlalters einsetzen, um mehr jungen Leuten die Wahlbeteiligung zu ermöglichen. Bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen hat nur jede vierte junge Frau zwischen 21 und 25 gewählt. Meine Oma ist 96. Sie ist tatsächlich älter als das Frauenwahlrecht! Man glaubt es kaum, vor vielen Jahrzehnten hatten nicht mal Frauen die Möglichkeit, wählen zu gehen. Dieses Frauenwahlrecht musste hart errungen werden, aber heute ist es offensichtlich für viele junge Frauen gar nicht so viel wert.

Geht der Demokratie die Jugend verloren? Ich glaube zumindest, dass es einen klaren Auftrag an die Politik gibt. Politik muss jugendgerechter werden. Aus Sicht vieler Jugendlicher – und damit sind sie sicherlich nicht allein – läuft im etablierten politischen System etwas, das nicht viel mit ihnen zu tun hat und auf das sie vermeintlich keinen Einfluss haben. Politik hat die Interessen, Themen und Denkweisen von jungen Leuten offenbar nicht genug aufgegriffen. Und die Jugend hat das Gefühl, permanent unterschätzt zu werden von Politik und Gesellschaft. Eine der Jugendlichen hat es im Twitter-Clip gesagt: „Wir haben mehr auf dem Kasten als Ihr

vielleicht denkt!“

Wir sind heute hier, weil wir ein anderes Bild von der Jugend haben und weil wir etwas verändern wollen. Jugendliche sind nicht das Problem, sondern die Lösung, weil sie die Zukunft sind. Wir wissen, Jugendliche sind interessiert. Viele sind engagiert und viele Jugendliche haben etwas zu sagen.



Es gibt Familienpolitik, Gleichstellungspolitik, Kinderpolitik, aber bisher gab es keine sichtbare Eigenständige Jugendpolitik. Ich bin mit vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern dabei, das zu ändern. Es geht dabei nicht nur darum, was Politik macht, sondern auch darum, wie Politik gemacht wird. Ich will Jugendliche unterstützen und ermutigen, sich einzumischen und ihre Interessen zu vertreten. Und es ist wichtig, sie direkt nach ihrer Meinung und ihren Vorstellungen zu fragen. Man kann nicht einfach über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Wir müssen Jugendliche ernst nehmen und ihnen auch ganz konkrete Angebote machen, die Zukunft und die Gesellschaft mitzugestalten. Echte Partizipation – das ist der Grundgedanke der neuen Jugendstrategie.

In den vergangenen Jahren wurde in einem breit angelegten Dialogprozess eine Eigenständige Jugendpolitik entwickelt. Viele, die daran mitgewirkt haben, sind heute hier, und ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Wir sind heute so weit, aus diesem Dialog etwas Neues zu machen: die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Außerdem nehmen wir im Bundesjugendministerium die Idee der Partizipation ernst. Seit der neuen Legislaturperiode ist kein jugendpolitisches Projekt, keine jugendpolitische Maßnahme ohne Beteiligung von Jugendlichen gemacht worden – und an dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei meiner Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks und unserem Team im Haus bedanken, die diese Idee der Eigenständigen Jugendpolitik ganz stark voranbringen. Es ist wichtig, dass nicht nur die Ministerin dafür steht, sondern das ganze Team – herzlichen Dank.

Das Politikmachen verändert sich durch die Beteiligung von jungen Leuten. Nicht nur, dass die Gremien jünger werden, sondern es gibt dann eben auch andere Blickwinkel in diesen Gremien. Und ich danke allen ganz herzlich, die sich darauf einlassen und bereit sind, Partizipation wirklich ernst zu nehmen. Die Jugendstrategie soll eine Plattform sein: bundesweit und ressortübergreifend. Wir laden Länder und Kommunen zur strategischen Zusammenarbeit ein. Viele Länder haben sich schon mit konkreten Initiativen und Programmen auf den Weg gemacht. Die Kommunen und Regionen spielen hier eine wichtige Rolle, weil sie am nächsten an der Jugend dran sind. Man kann keine Jugendpolitik nur vom Ministertisch in Berlin aus machen. Es geht ganz konkret um den Alltag der jungen Leute in unseren Städten und in unseren Dörfern, und der ist ja auch ganz unterschiedlich. Jugendliche machen mit, wenn sie den Eindruck haben: „Das hat was mit mir zu tun, das geht mich etwas an.“ Und das passiert eben häufig direkt im Lebensumfeld. Damit die bundesweite Vernetzung gelingt, haben wir die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ eingerichtet. Unter anderem wird sie bis 2018 16 Kommunen auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit begleiten und die Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“ für Politik, Fachkräfte und Jugend vor Ort entwickeln.

Die Koordinierungsstelle ist ein Baustein in der Jugendstrategie. Ein weiterer Baustein auf Bundesebene ist die Entwicklung eines Jugend-Checks, mit dem Auswirkungen von Gesetzgebung auf junge Menschen überprüft werden. Den ersten Jugend-Check macht jetzt schon die Bundesjugendministerin – natürlich achten wir bei allen Gesetzen, die aus unserem Haus kommen, darauf, dass die Belange junger Menschen berücksichtigt werden, aber es ist bereits angesprochen worden: Ein Jugend-Check muss natürlich im Gesamtfeld der Politik passieren. Und es geht nicht nur um das, was die Politik entscheidet, sondern vor allem auch darum, wie. Zum Beispiel – welche Beteiligungsformen von Jugendlichen sind geeignet? Und deshalb entwickeln wir diesen Jugend-Check gemeinsam mit Jugendlichen und einer Reihe weiterer kompetenter Partner. Ich bin gespannt auf das Ergebnis und auf die dann folgende Diskussion, um diesen Jugend-Check auch Wirklichkeit werden zu lassen.

Ein dritter Baustein der Jugendstrategie ist die AG „Jugend gestaltet Zukunft“. Das ist eine von zehn Arbeitsgruppen der Demografiestrategie der Bundesregierung. ‚Eine Strategie mit so vielen Arbeitsgruppen‘, wird man denken, ‚wo soll das hinführen?‘ Und ich gehöre eigentlich nicht zu denen, die vorschlagen, eine weitere AG zu gründen. Aber ich fand es sehr befremdlich, dass es

in der letzten Legislatur tatsächlich eine Demografiestrategie mit neun Arbeitsgruppen gab, jedoch ohne eine AG Jugend; denn Jugend gehört zur Demografie dazu. Deshalb habe ich vorgeschlagen, dass wir eine zehnte Arbeitsgruppe gründen, um den Jugendlichen eine Stimme zu geben. Damit aber Jugendliche auch in den anderen Arbeitsgruppen mit bedacht werden, hat die Jugend-AG die sogenannte Jugend-Brille entwickelt – eine Checkliste für Jugendgerechtigkeit. Jede AG soll sich fragen: Können wir Themen unserer AG mit Jugendlichen und ihren selbstorganisierten Interessenvertretungen diskutieren, um deren Sicht auf die Dinge zu erfahren? Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ macht das regelmäßig. Sie geht ins Land, trifft Jugendliche und hört ihnen zu. Von Vorpommern-Rügen über Lichtenfels, dem Kyffhäuserkreis bis zum niedersächsischen Landkreis Friesland.

Die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ ist auch der politische Rahmen für das Zusammenwirken von EU-Jugendstrategie und Eigenständiger Jugendpolitik. In diesen Tagen, in denen alle über Griechenland reden, ist das ganz aktuell. Die Jugend im



Süden ist von hoher Arbeitslosigkeit betroffen, von Perspektivlosigkeit; und in diesen Tagen wird viel geredet über ESM, drittes Hilfsprogramm, Grexit – all’ das fliegt uns um die Ohren – und ich finde, viel zu wenig kommen eigentlich die betroffenen Menschen vor. Und hier will ich den Blick auf die jungen Leute richten. Wir haben selbst erleben können in

Ostdeutschland – und ich habe es bei meiner eigenen Generation erlebt –, was eine hohe Jugendarbeitslosigkeit bedeutet. Und prozentmäßig waren wir von dem, was die Jugendlichen jetzt im Süden erleben, weit entfernt. Trotzdem haben diese Arbeitslosigkeit, die Abwanderung und die Perspektivlosigkeit der eigenen Eltern dazu geführt, dass es sehr schwer war für junge Leute. Ich finde es ganz wichtig, dass am Ende diese jungen Menschen in Griechenland und in anderen Ländern eine Perspektive bekommen. Wir können hier nicht über Jugend in unserem Land sprechen, wenn wir die Jugend in den anderen Ländern vergessen.

Es ist uns wichtig, dass die jungen Leute nicht mit einem einseitigen Bild aufwachsen, sondern

wir wollen die Jugendbegegnung zwischen den Ländern fördern. Wir halten, bei allen Schwierigkeiten, die es gerade gibt, weiter an der Idee eines Deutsch-Griechischen Jugendwerkes fest mit der Botschaft: Wir lassen die Jugendlichen in Griechenland nicht im Stich. Auch hier engagiert sich Caren Marks ganz stark. Für uns sind diese Jugendbegegnungen – nicht nur mit Griechenland, sondern natürlich auch mit allen anderen Ländern – ganz wichtig. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Begegnung zwischen jungen Menschen aus verschiedenen Ländern Vorurteile überwinden können. Und das ist wichtig für eine gemeinsame Zukunft und auch für den Frieden in Europa. Europäische Begegnungen sind heute wichtiger denn je, und ich finde es ebenso wichtig, dass jugendgerechte Politik nicht an unseren Landesgrenzen Halt macht, sondern dass wir auch den europäischen Gedanken mit in den Blick nehmen.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Jugendverbände! Entscheidend für den Erfolg einer jugendgerechten Politik ist selbstverständlich weiterhin Ihre Arbeit. Sie geben Jugendlichen vor Ort die Möglichkeit, mitzumachen, ein Miteinander zu gestalten, und Sie sprechen für die junge Generation. Die Jugendverbände sind über den Deutschen Bundesjugendring an der Jugendstrategie beteiligt, und ich freue mich auch sehr, dass es uns gleich zu Beginn der Legislaturperiode gelungen ist, die Mittel zur Unterstützung der Jugendverbandsarbeit um eine Million Euro aufzustocken. Ich will hier noch einmal sagen: Ich habe wirklich großen Respekt davor, wenn man sich die hohen Mitgliedszahlen in den einzelnen Jugendverbänden anschaut, und dann gibt es oft nur eine oder anderthalb hauptamtliche Stellen, um dieses ganze Ehrenamt auch zu managen. Da wird mit wenig Personal ganz viel bewegt, das ist uns bewusst, deswegen haben wir uns für eine Verbesserung eingesetzt. Damit ist noch nicht alles gut, das wissen wir, aber es ist ein wichtiges Zeichen, dass in Zeiten der Haushaltskonsolidierung nicht im Bereich der Jugend gespart wird, sondern dass der Bund weiter die Jugendverbände gut unterstützt. Das soll auch ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung Ihrer Arbeit sein. Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

Die Jugendverbände und die Politik stehen in gewisser Weise vor den gleichen Herausforderungen. Eine davon ist Zeit. Die Kinder- und Jugendärzte haben auf ihrem Kongress im letzten Jahr davor gewarnt, dass immer mehr Jugendliche kaum Zeit für Hobbies haben, aber dafür Druck von morgens bis abends. Jugendliche und junge Erwachsene brauchen unbedingt Freiräume. Warum sollten eigentlich Jugendliche weniger Freiräume haben als wir es uns im Erwachsenenarbeitsalltag wünschen? Zeit für sich, Zeit, in der man

machen kann, was man will, Zeit auch für Langeweile. „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ heißt deshalb auch, für diese Freiräume zu kämpfen. Ganztagschulen sind aus vielen Gründen gut, aber Ganztagschulen müssen sich fragen, wie sie den Tag und ihre Räume gestalten. Viele Familien und Jugendliche erleben die verkürzte Schulzeit mit dem Abitur nach acht Jahren als Stress. In einigen Bundesländern wird schon diskutiert, ob das G 8 wirklich der Weisheit letzter Schluss war. Aktuell läuft die Diskussion über eine Entschleunigung am Morgen. Viele Familien wünschen sich das. Mike Corsa und ich haben gerade gesprochen – sein Sohn ist achteinhalb, mein Sohn ist acht, also das geht auch den Kleinen schon so – wenn die Schule vor acht Uhr beginnt, ist das oft auch ein Stress, aber gerade für den Rhythmus von Jugendlichen in der Entwicklung ist der Schulbeginn um acht Uhr oft eine Qual. Natürlich stellt sich die Frage beim späteren Schulbeginn, wie sieht es dann mit den Freiräumen am Nachmittag aus? Es gibt also auch keine einfache Antwort. Ich finde es aber wichtig, dass wir über diese Probleme diskutieren. Und es ist wichtig, dass wir vor Ort auch versuchen, individuelle Lösungen zu finden. Das kann man auch nicht vom Ministertisch in Berlin aus einfach entscheiden, aber es ist wichtig, dass dieser Alltagsdruck, unter dem Jugendliche stehen, überhaupt zur Sprache kommt.

Und es hört ja nicht mit der Schule auf, im Gegenteil, es gibt sogar erste kritische Stimmen aus der Wirtschaft, ob es wirklich sinnvoll ist, junge Leute möglichst schnell durchs Studium zu schleusen. All diese Fragen sind nicht beantwortet, aber sie müssen offen diskutiert werden – und nicht als Luxusprobleme von Jugendlichen, sondern wirklich auch ernst genommen werden. Eine jugendgerechte Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der Jugendliche auch Zeit für ihre Jugend haben, und das geht auch an die Familien. Auch wir Eltern müssen uns fragen, wie stark wir eigentlich die Zeit von Jugendlichen und auch von Kindern verplanen. Wann ist es zu viel – zu viel Druck und zu viel Tempo?



Was Mut macht: der Großteil der Jugendlichen ist zuversichtlich. Das sagen alle einschlägigen Jugendstudien. Und eine der Jugendlichen in einem der Videoclips aus unserer

Twitterkampagne sagt das sehr schön: „Ich mag die Rolle als Zukunftsträgerin“. Die Jugend heute ist im Durchschnitt besser ausgebildet, gesünder und zufriedener als jemals davor. Und diese Jugendlichen verändern auch vieles. Sie hinterfragen zum Beispiel in der Schule, was ihnen geboten wird. Sie ordnen sich nicht einfach unter, sondern sagen, was ihnen nicht passt. Und sie setzen durch, wie es anders sein sollte. Das gilt auch für die Arbeitswelt. Es sieht danach aus, dass die nachwachsende Generation mehr darauf achtet, auch beim Arbeiten leben zu können anstatt sich selbst auszubeuten. Das sind gute Voraussetzungen für Partizipation. Jugendliche beteiligen sich, wenn es sie interessiert, wenn es sie etwas angeht. Und genau da setzt jugendgerechte Politik an.

Mir sind zwei Dinge besonders wichtig. Erstens: Wir wollen mit der Jugendstrategie vom Reden ins Handeln kommen. Eine jugendgerechte Strategie muss am Ende auch in der Lebenswirklichkeit der jungen Leute ankommen. Es reicht nicht, dass wir diese tollen Leitbilder haben, wir müssen auch zusehen, dass sich wirklich auch etwas im Leben der jungen Menschen verbessert.

Und dass diese Jugendstrategie zu wirken beginnt, können wir sehen. Mit der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ bekommen benachteiligte Jugendliche und auch Jugendliche mit Migrationshintergrund, denen es immer noch schwerer gemacht wird als anderen Jugendlichen, neue Chancen. Erstmals nach sechs Jahren Diskussion steigt endlich das BAföG. Wir unterstützen Jugendliche, die sich im ländlichen Raum engagieren und mitbestimmen wollen durch das Programm „Demokratie leben!“. Wir haben ein Entlastungspaket für die Kommunen geschnürt, weil wir wissen, dass die Mittel, insbesondere für die sogenannte freiwillige Kinder- und Jugendarbeit, massiv unter Druck geraten, weil so viele andere Leistungen die Kommunen belasten. Deswegen macht der Bund einen Kraftakt. Wir übernehmen mittlerweile die Grundsicherung im Alter, sprich die Sozialhilfe im Alter, von über vier Milliarden Euro. Wir übernehmen die Eingliederungshilfe zu großen Teilen in Schritten, wir fangen jetzt mit einer Milliarde an, das wird auch wachsen auf fünf Milliarden Euro. Und wir haben ein zusätzliches Unterstützungspaket für die Kommunen geschnürt. Das ist nicht immer leicht am Kabinettstisch. Wenn da die Milliarden über den Tisch gehen, dann kommen sie nicht noch mal im eigenen Haushalt an. Das muss man wissen, aber ich finde es richtig, weil Jugendpolitik am Ende von den Möglichkeiten in den Kommunen lebt, in den Städten und Gemeinden. Und deshalb ist es wichtig, dass wir die Kommunen von Sozialleistungen für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen entlasten, damit sie wieder Spielraum für gute

Kinderpolitik, aber vor allem auch für Eigenständige Jugendpolitik haben.

Wir richten auch den Blick auf junge Menschen, die zu uns ins Land kommen, weil sie vertrieben werden, vor Krieg und Verfolgung fliehen. Immer mehr junge Menschen kommen ohne Begleitung ihrer Eltern, und ich freue mich, dass wir das Gesetz zur Verbesserung der Versorgung und Unterbringung von jungen Flüchtlingen auf den Weg bringen; und wir haben bereits das Programm „Willkommen bei Freunden“ gestartet. Auch Kinder und Jugendliche, die zu uns fliehen, haben ein Recht auf gutes Aufwachsen. Wir dürfen diese Jugendlichen nicht zu Jugendlichen zweiter Klasse machen. Mich hat ein junger Flüchtling sehr berührt, der gesagt hat: „Ich bin als Flüchtling geboren und ich möchte nicht als Flüchtling sterben“. Bei aller Diskussion, was in unserem Land besser werden muss für Kinder und Jugendliche, müssen wir daran denken, dass Jugendliche, die zu uns fliehen, hier eine neue Heimat brauchen, damit sie irgendwann auch Bürger sind und gerne in unserem Land leben.



Das zweite, was mir wichtig ist: Jugendgerechte Politik ist Politik für, mit und von Jugendlichen. Ich nehme Jugendliche ernst, ich will ihnen zuhören und sie auch beteiligen. Nicht die Jugend muss der Politik gerecht werden, sondern wir müssen mit unserer Politik der Jugend gerecht werden. Was das angeht,

lernt man jeden Tag dazu, und deshalb freue ich mich besonders auf die Podiumsdiskussion mit den Jugendlichen heute. Die Jugendlichen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Schön, dass Ihr dabei seid. Und ich möchte auch alle ganz herzlich zum jugendpolitischen Abend im Bundesjugendministerium einladen. Die Erwachsenen dürfen natürlich auch kommen. Da geht es heute Abend noch einmal politisch zu, mit der Begrüßung meiner Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks und einer Podiumsdiskussion. Aber vor allem soll es Gelegenheit zu Gespräch und Austausch geben. Ein weiteres bekanntes Vorurteil über die Jugend ist, dass sich Jugendliche nur fürs Partymachen interessieren. Ich finde, ein

bisschen Party ist gar nicht so schlecht, wenn man zusammen Politik machen will. Eigenständige Jugendpolitik soll Spaß machen. Deshalb auch heute Abend viel Spaß!

VIDEOCLIP ZUR JUGENDSTRATEGIE

Ein Videoclip erklärt in knapp viereinhalb Minuten die Grundlagen, das Konzept und die Einzelvorhaben der Jugendstrategie. Erstmals wurde er bei der Auftaktveranstaltung gezeigt, nun gibt es ihn im Netz: <https://www.youtube.com/watch?t=40&v=Ajk-TaGrOW4>.





PODIUM MIT DER BUNDESJUGENDMINISTERIN UND JUGENDLICHEN

Auf dem Podium diskutierten Bundesjugendministerin Manuela Schwesig, Sümeyra Kılıç (Bund der Muslimischen Jugend Deutschland), Benjamin Braun (Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern), Alev Bahadır (DIDF-Jugend) und San-Jing Kim (Delegierter vom Jugendgipfel J7 2015) zur Frage „Jugendgerechtigkeit – Was genau ist das?“



Zunächst widmeten sie sich dem Thema Integration und Vielfalt. Sümeyra Kılıç schilderte ihren Eindruck, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund immer aktiver werden und ihre Ziele zunehmend auch erreichen. Dabei bräuchten sie jedoch Unterstützung, so die Vorsitzende des Bundes der Muslimischen Jugend Deutschland. Sie kritisierte, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund immer noch häufig als Quotenpersonen eingeladen würden, z. B. für Fototermine. Kooperationen auf Augenhöhe fänden nur selten statt, institutionell blieben viele Türen verschlossen.

Zudem widersprach Sümeyra Kılıç der pauschalen Forderung, Jugendliche mit Migrationshintergrund müssten noch stärker integriert werden – schließlich seien sie oftmals in Deutschland geboren, lebten und arbeiteten hier und seien bereits integriert. Stattdessen schlug sie vor, dass die Verbände der Jugendlichen mit Migrationshintergrund selbst stärker integrierend tätig werden und sich dem öffnen, was viele Kulturen in Deutschland bieten.

Manuela Schwesig bedankte sich für das Engagement der muslimischen Jugendverbände und äußerte den Wunsch, dass man irgendwann so weit ist, dass muslimische Jugendliche ganz selbstverständlich in allen Jugendverbänden mitwirken. Zurzeit gebe es aber noch viele gute Gründe für eigenständige muslimische Jugendverbände. Sie betonte, dass ihr von muslimischen Jugendlichen die gleichen Fragen gestellt würden wie von vielen anderen Jugendlichen. Zugleich stimmte sie Sümeyra Kılıç zu, dass es noch zu wenige Begegnungen zwischen Kulturen und Religionen gebe. Die Jugendarbeit sei ein geeignetes Feld zum kulturellen Austausch. Deshalb müssten die Jugendverbände vor Ort auch stärker in die Kommunalpolitik einbezogen werden.



Als nächstes sprach San-Jing Kim zur Bildungspolitik. Konkret bezog er sich auf Erfahrungen, die er in Hessen gemacht habe. Der aktuelle Abiturjahrgang, so der J7-Delegierte, habe mit Kürzungen im Kursangebot zu kämpfen. Mit den betroffenen Jugendlichen hätte man dabei nicht geredet. Dies war seiner Meinung nach nicht jugendgerecht. Er fragte daher, wie das Thema Bildung in der Jugendstrategie verortet werden könne.

Manuela Schwesig brachte ihre Zustimmung zum Ausdruck und betonte, dass Investitionen in Bildung wichtig seien. Sie beklagte, dass Anspruch und Realität dabei oft auseinander gingen. Sie erwähnte, dass der Bund seiner Verantwortung im Rahmen dessen, was möglich sei, nachkomme und ein Bildungspaket auf den Weg gebracht habe, welches die Länderhaushalte entlaste, z. B. im Bereich des BAföG. Gleichzeitig ermutigte sie die Jugendlichen, sich auch weiterhin aktiv Gehör zu verschaffen und das direkte Gespräch mit den Abgeordneten vor Ort zu suchen. Zugleich ermahnte sie ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Politik, sich auch dem Gespräch mit den Betroffenen politischer Entscheidungen zu stellen.

Benjamin Braun, Vorstand im Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern, sprach mangelnde Partizipation in der Schule an und forderte den Bund auf, darüber mit den Ländern zu sprechen. So sei nicht klar geregelt, wer verantwortlich dafür ist, dass überhaupt schulische Mitbestimmungsgremien eingerichtet werden. Jugendliche würden hier oft allein gelassen, weil sich die Schulleitung nicht zuständig fühle und die Schüler über ihre Rechte nicht informiert seien. Manuela Schwesig sagte zu, dass sie in dieser Sache einen Brief an die Kultusministerkonferenz schreiben werde (Anm. d. Red.: Der Brief an die KMK-Vorsitzende, Brundhild Kurth, wurde am 14.9.2015 verschickt). Zudem kritisierte die Bundesjugendministerin das Kooperationsverbot im Bildungsbereich, welches die Handlungsmöglichkeiten des Bundes und die Zusammenarbeit mit den Ländern stark begrenze.



Alev Bahadır brachte das Thema Freiräume auf. In den letzten Jahren seien Leistungs- und Zeitdruck für Jugendliche immer größer geworden. Darunter litten sie, und auch die Jugendverbände bekämen dadurch immer größere Probleme, so die Vertreterin des Jugendverbands der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF-Jugend).

Hinzu käme, dass Jugendliche oft keine Orte mehr hätten, wo sie selbst etwas auf die Beine stellen könnten oder einfach nur ungestört zusammen Zeit verbringen könnten.

Auch Alev Bahadir griff das Thema Partizipation auf und verwies darauf, dass Jugendverbände ein sehr gutes Beispiel dafür seien, wie junge Menschen sich beteiligten. Verglichen mit vielen anderen Lebenswelten sei die Jugendverbandsarbeit in dieser Hinsicht Vorreiter.



Manuela Schwesig unterstrich die Bedeutung von Freiräumen für junge Menschen und stimmte zu, dass der Druck sich erhöht habe, beispielhaft illustriert durch die Diskussionen über das achtjährige Gymnasium. Sie kritisierte die Orientierung der bildungspolitischen Debatten an Effektivität. Sie merkte

jedoch an, dass hier ein Umdenken einsetze – auch in der Wirtschaft. Das Thema Freiräume könne jedoch nicht nur aus einem Ministerium heraus bearbeitet werden, sondern müsse gesamtgesellschaftlich diskutiert werden. Gerade auf dem Land müssten die Akteure auch im räumlichen Sinne enger zusammen rücken, damit sie für viele erreichbar bleiben.

Zum Abschluss bat Manuela Schwesig ihre jugendlichen Gesprächspartner, sich weiterhin auch für die Dinge zu engagieren, von deren Umsetzung sie als Jugendliche vielleicht keinen persönlichen Nutzen mehr haben – manche Prozesse dauerten einfach sehr lang.

PRÄSENTATION DER KOORDINIERUNGSSTELLE

JANA SCHRÖDER, LEITERIN DER KOORDINIERUNGSSTELLE

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste jeden Alters, Sie glauben nicht, wie lange wir schon rückwärts gezählt haben bis zu diesem 9. Juli! Als Leiterin der Koordinierungsstelle darf ich Ihnen herzlich für Ihr großes Interesse und Ihr zahlreiches Erscheinen danken. Sie haben heute schon einiges gehört über die Jugendstrategie 2015-2018. Von mir bekommen Sie nun in Kürze die Aufgaben und Angebote der [Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“](#).



Wir sind das Nachfolgeprojekt des [Zentrums Eigenständige Jugendpolitik](#), mit dem der eine oder andere unter Ihnen bereits in den letzten drei Jahren zu tun hatte. Die Koordinierungsstelle gibt es seit Dezember 2014 und eigentlich ist es ganz einfach: Bei uns steht drauf, was drin ist. Wir sind die Koordinierungsstelle für die [Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“](#). Mit diesem Projekt ist die [Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ](#) ein zentraler Gestaltungspartner des Bundesjugendministeriums in Sachen Jugendstrategie. Wir haben drei Aufgabenbereiche: Vernetzung, Verbreitung, Öffentlichkeitsarbeit.

Im Folgenden möchte ich Ihnen kurz vorstellen, was wir in diesen drei Bereichen unternehmen, was wir vorhaben und wo auf dem Weg wir uns jeweils gerade befinden. Von Vielem haben Sie bereits und werden Sie heute noch einen Eindruck bekommen.

Beginnen wir mit dem Bereich Vernetzung. Zur Jugendstrategie gehört eine ganze Reihe von Einzelvorhaben und Akteuren. Einige davon rücken heute einzeln in den Mittelpunkt. Unsere Aufgabe ist nicht nur, fachlich an all diesen Einzelvorhaben mitzuwirken. Sie besteht auch darin, die zentralen Akteure und Maßnahmen zu vernetzen und dafür zu sorgen, dass die Dinge zueinander passen, dass sie sich ergänzen, dass sie sich nicht doppeln. Deshalb sind wir als Koordinierungsstelle zum Beispiel bei der [Entwicklung des Jugend-Checks](#) dabei – zu diesem

Vorhaben hören Sie heute mehr im Forum, das vom Deutschen Bundesjugendring angeboten wird. Die Koordinierungsstelle arbeitet ebenso bei der [AG „Jugend gestaltet Zukunft“](#) im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung und bei den aktuellen Abstimmungsprozessen zu einer geplanten Internetbeteiligungsplattform mit.



Wir stehen auch für eine stärkere Verbindung zwischen den beiden großen jugendpolitischen Prozessen der vergangenen Jahre. Gemeint sind die Umsetzung der EU-Jugendstrategie und die Eigenständige Jugendpolitik. Zur [Umsetzung der EU-Jugendstrategie](#) und

der Verbindung dieses Prozesses mit der neuen, nationalen Jugendstrategie erfahren Sie heute mehr im Forum, in dem JUGEND für Europa Ihr Gastgeber ist.

Für alle, die die „Eigenständige Jugendpolitik“ immer noch sperrig finden, und weil sie zu den zentralen Inhalten in unserem Projekt gehört: Erlauben Sie mir einen kurzen Hinweis auf diesen [Flyer](#). Hier haben wir die Leitlinien und die Grundsätze der [Eigenständigen Jugendpolitik](#) zusammengeführt.

Es gehört auch zu unseren Aufgaben, über die Projekte, die aus dem [Innovationsfonds des Kinder- und Jugendplans des Bundes](#) gefördert werden, zu informieren. In der Pause

haben Sie Gelegenheit, zehn der aktuell 42 Projekte kennenzulernen. Außerdem porträtieren wir einzelne Projekte auf unserer Internetseite und in unserem Onlinemagazin, am Ende der Laufzeit des Innovationsfonds in 2016 erstellen wir eine Gesamtdokumentation.



Daneben präsentiert sich heute auch ein Projekt des Deutschen Bundesjugendrings. Es heißt „Ich mache>Politik | Demografie“. Hier werden Jugendliche über das Onlineportal <http://ichmache-politik.de/demografie> zu wechselnden, im weiteren Sinne demografiepolitischen, Fragestellungen um ihre Meinung gebeten. Aktuell geht es um das Bild der Jugend in der Öffentlichkeit sowie um Angebote für junge Menschen, digital und vor Ort.

An den Einzelvorhaben haben neben dem Bundesjugendministerium unterschiedliche Akteure ihre Aktien. Vielen können Sie heute hier begegnen: die Jugendverbände und Jugendringe, die Freie Wohlfahrtspflege, das Bundesjugendkuratorium, die Bundesländer, die Kommunalen Spitzenverbände, die Wissenschaft, JUGEND für Europa und die Jugendhilfe-Familie. Vertreterinnen und Vertreter dieser Institutionen wirken im [Planungsstab der Koordinierungsstelle](#) zusammen. Fünfmal im Jahr kommt dieses Gremium zusammen, um uns als Projekt und die Jugendstrategie als gemeinsames Vorhaben zu beraten. Einige Mitglieder dürfen wir heute hier begrüßen. Sie werden mir zustimmen, in den Sitzungen wird zwar hin und wieder gerungen und gestritten, das rüttelt aber nicht an der gemeinsamen Sache und bedeutet ja auch, dass eine nationale Jugendstrategie eben erstens nicht einfach und zweitens nicht egal ist.



Unser zweiter Aufgabenbereich: die Verbreitung. Es geht darum, die Inhalte der Jugendstrategie in die Fläche zu tragen und darum, die Eigenständige Jugendpolitik als Politikansatz bundesweit nutzbar zu machen. Eben vom Reden zum Handeln zu kommen, wie man im Bundesjugendministerium gerne sagt.

Wir erstellen Publikationen und Dokumentationen und wir führen selbst Veranstaltungen durch. An der ersten großen nehmen Sie gerade teil. Eine Zwischenbilanz im Rahmen des [16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages](#) im März 2017 wird ebenso folgen wie eine Bilanzveranstaltung 2018.

Darüber hinaus veranstalten wir Jugendworkshops, in denen wir gemeinsam mit Jugendlichen über solche Fragen diskutieren wie „Was ist eigentlich jugendgerecht?“ oder „Wie ist das Bild von Jugend und wie sollte es sein?“. Der [erste Workshop](#) hat im Juni stattgefunden, einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind auch heute hier dabei.



Zum Stichwort „Verbreitung“ möchte ich das Stichwort [„Jugendgerechte Kommune“](#) gesellen. Das ist eines der Schwerpunktthemen der Koordinierungsstelle. Wir möchten mehr Klarheit darüber, was eigentlich eine jugendgerechte Kommune ausmacht, was ihre Merkmale sind. Dass es nicht das Gleiche ist wie Kinderfreundlichkeit, darüber sind wir uns sicher einig. Aber was genau zeichnet eine Kommune aus, die Jugend gerecht wird? Darüber diskutieren wir mit vielen – insbesondere natürlich kommunalen – Akteuren und Jugendlichen – und gerne auch heute mit Ihnen.

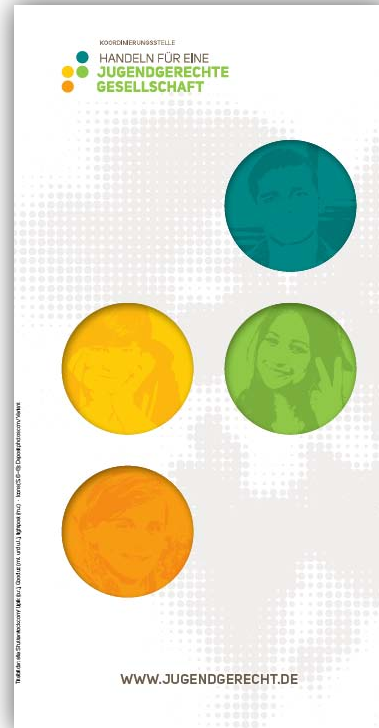
Außerdem möchten wir ab Ende 2015 insgesamt 16 Referenzkommunen drei Jahre lang auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit begleiten. Dafür kann es nicht das eine, richtige Modell geben, sondern es sind 16 Ziele zu benennen und 16 Wege zu beschreiten. In einem

gemeinsamen Peer-Learning-Prozess werden diese Kommunen auch Gelegenheit haben, voneinander zu lernen. Das Interessensbekundungsverfahren läuft seit Juli und noch bis zum 25. September 2015 – mehr dazu erfahren Sie in unserem Forum heute Nachmittag.

Außerdem arbeiten wir gerade an einer Werkzeugbox unter dem Stichwort „Jugend gerecht werden“. Sie ist gedacht für Politik, Fachkräfte und Jugend vor Ort. Mit dieser Werkzeugbox sollen zahlreiche Informationen und Arbeitsmaterialien in einer erweiterbaren, für alle zugänglichen Form zur Verfügung gestellt werden. Das fängt bei guten Beispielen für nachhaltige, möglichst ressortübergreifende Strategien und Initiativen an, reicht über Methoden und Konzepte für Jugendbeteiligung bis hin zu jugendpolitischen Argumentationshilfen und Hinweisen zu Fördermöglichkeiten.

Was kann ich noch zum Thema „Verbreitung“ sagen? Wir suchen den Dialog und sind bereits im Gespräch mit anderen Fachorganisationen und auch mit Bundesländern, die eigene Initiativen in Sachen Eigenständige Jugendpolitik gestartet haben oder planen. Wir möchten gerne anknüpfen an diese Initiativen, über gemeinsame Anliegen diskutieren (z. B. Jugend-Check nicht nur für den Bund? Wie kann man wirksamer Jugend beteiligen?) und auch mehr Austausch und Zusammenarbeit der Länder untereinander anregen.

Ja, und wir haben das Privileg, den „Außendienst“ für die Jugendstrategie zu machen. Gerne kommen wir zu Ihren Veranstaltungen, in Ihre Behörden, in Ihre Gremien. Sprechen Sie uns an! Und das ist ein nahtloser Übergang zum dritten Bereich, der Öffentlichkeitsarbeit für die Jugendstrategie. Sie sind heute umstellt von diversen analogen und digitalen Produkten. Sie haben unsere [Twitter-Kampagne](#) und unseren [Videoclip](#) gesehen, unser [Flyer](#) liegt in Ihrer Tagungsmappe, vielleicht folgen Sie uns auch schon auf [Twitter](#) oder mögen uns anderweitig.



Ich möchte Sie alle herzlich in unsere Internetpräsenz einladen. Unter www.jugendgerecht.de finden Sie Informationen nicht nur zu unseren Aktivitäten als Koordinierungsstelle, sondern dies ist auch die Domain der Jugendstrategie und ihrer Einzelvorhaben.

Wenn Sie gebündelte Informationen haben möchten, lege ich Ihnen unser [Onlinemagazin](#) ans Herz, das viermal im Jahr erscheint, und das Sie auf unserer Internetseite einsehen und abonnieren können. Hier berichten wir über die aktuellen Entwicklungen der Jugendstrategie. Darüber hinaus erhalten Sie mit jeder Ausgabe Einblicke in ein ausgewähltes Praxisprojekt und Sie erfahren mehr über ein jugendpolitisches Schwerpunktthema. Im [April](#) ging es darum, ob – und wenn ja, wie – jugendgerechtes Handeln tatsächlich verbindlich werden kann. Im [August](#) fragen wir nach Teilhabechancen von Jugend auf dem alternden Land.

Und was wäre die Öffentlichkeitsarbeit ohne Presse? Auch hier bemühen wir uns um eingängige Formate. Genau jetzt findet übrigens ein Termin mit der Ministerin und Jugendlichen statt, bei dem unter anderem ein Tridem und ein Straßenschild zum Einsatz kommen.



Aber im Ernst: Wir wollen unsere Botschaften nicht nur „verkaufen“, wir sehen die Medien auch als Partner in Sachen Jugendgerechtigkeit. Es gehört zu unseren erklärten Zielen, das Bild von Jugend nicht nur in der Politik, sondern auch in der Öffentlichkeit aufzuwerten. Zu oft wird über Jugendliche berichtet, als würden sie ausschließlich Probleme haben oder welche machen. Zu wenig über die Vielfalt ihrer Lebenswelten, ihre Herausforderungen und ihre Leistungen. Wir

möchten dem Bild und der Wahrnehmung von Jugend gerne einen Faktencheck entgegensetzen. Sehr geehrte Damen und Herren, ich verbinde meine Präsentation mit einem Dank an Nadine Paffhausen, Nils Rusche und Daniel Richter, mit denen ich das fachliche und persönliche Vergnügen habe zusammenzuarbeiten. Und Ihnen danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Im Anschluss an die Präsentation der Koordinierungsstelle gab es ein Publikumsgespräch und Moderatorin Christiane Poertgen interviewte Gastgeber der drei Foren für den Nachmittag (Immanuel Benz, Deutscher Bundesjugendring, Jochen Butt-Pośnik, JUGEND für Europa, Franziska Lück, Jugendkonferenz Friesland, und Nils Rusche, Koordinierungsstelle).



PROJEKTPRÄSENTATIONEN

INNOVATIONSFONDS ZUR FÖRDERUNG DER EIGENSTÄNDIGEN JUGENDPOLITIK

In der anderthalbstündigen Mittagspause präsentierten sich [Projekte aus dem Innovationsfonds zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik](#):

JUGENDVERBANDSARBEIT:

- > **Jugendarbeit 3.0**
(Kreisjugendring Göppingen e. V)

KULTURELLE BILDUNG:

- > **Weiterbildung inklusive Zirkuspädagogik**
(Zentrum für bewegte Kunst e. V. / Circus Sonnenstich)
- > **Vielfalt? Bläser? Klasse! -Methodenentwicklung für die inklusive musikalische Arbeit mit Bläserklassen an Schulen**
(Deutsche Bläserjugend)

INTERNATIONALE JUGENDARBEIT:

- > **Werbekampagne für die Partizipation Jugendlicher mit erhöhtem Förderbedarf**
(Centre Français de Berlin gGmbH)
- > **Learning Badges**
(Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V.)

POLITISCHE BILDUNG:

- > **Dialog macht Schule - Bildung/Partizipation/Für alle?**
(Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V.)
- > **Wandel als Chance! Jugendliche Welten aus unterschiedlichen Perspektiven mittels unterschiedlicher Ausdrucksformen - eine wandernde „Wandel-Ausstellung“**
(Camino gGmbH)
- > **Spielend mit dem demografischen Wandel umgehen**
(Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V.)

JUGENDSOZIALARBEIT:

- > **Verbreitung der Werkschule SOPHISTICATEDPEOPLE**
 (Bündnis für Straßenkinder in Deutschland e. V. / KARUNA e. V.)
- > **Theaterprojekt mit Straßenjugendlichen: Aktivierung im Theaterprojekt über vier Monate in der kalten Jahreszeit mit Versorgung inkl. Schlafplatz und anschließender Integration**
 (KuB - Kontakt- und Beratungsstelle Berliner Jugendclub e. V.)



FORUM „JUGEND-CHECK ALS SENSIBILISIERUNGS- UND PRÜFINSTRUMENT FÜR JUGENDGERECHTE POLITIK“

GASTGEBER UND BERICHT: DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING

In diesem Forum stellte der Deutsche Bundesjugendring (Andrea Köhler, Dominik Naab, Immanuel Benz) die bisherigen Überlegungen zu einem Jugend-Check vor. Im Rahmen von fachpolitischen Diskussionsprozessen in der letzten Legislaturperiode sowie durch die Beiträge und Rückmeldungen vieler junger Menschen sei deutlich geworden, dass ein Jugend-Check dringend gebraucht werde. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung stehe daher: „Wir werden mit den Jugendverbänden einen ‚Jugend-Check‘ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.“



Gesetzgebungen und andere Maßnahmen des Bundes hätten oft spezifische Auswirkungen auf junge Menschen, so die Gastgeber des Forums einleitend. Genauer gesagt hätten sie auf junge Menschen oder eine Gruppe junger Menschen andere Auswirkungen als auf andere Altersgruppen. Diese Auswirkungen könnten gut für junge Menschen sein, schlecht, weder noch oder beides. Zum Teil seien sie sogar gewollt, aber oft würden sie im Gesetzgebungsprozess nicht bemerkt oder zumindest nicht ausreichend berücksichtigt, so Immanuel Benz.

In einer Reihe von Workshops, zu denen der Deutsche Bundesjugendring auf Anregung des Bundesjugendministeriums einlade, entwickle der DBJR gemeinsam mit dem Ministerium, der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“, der Arbeitsgemeinschaft



für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und dem Bundesjugendkuratorium, unterstützt vom Deutschen Jugendinstitut, ein Konzept für den Jugend-Check. Ziel sei, bei allen Maßnahmen der Bundesregierung die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen systematisch und frühzeitig zu berücksichtigen. Mit dem Jugend-Check solle ein wirkungsvoller und realisierbarer

Beitrag zu einer jugendgerechten Politik geleistet und (besonders) Politik und Verwaltung für jugendgerechtes Handeln sensibilisiert werden.

Dieses Ziel sei nicht mit einem Instrument alleine zu erreichen. Der Jugend-Check solle daher aus einem Paket bestehen, aus sogenannten Modulen. Ein besonders wichtiges Modul sei ein Prüfinstrument, mit dem möglichst alle geplanten Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden. Es solle insbesondere bei Gesetzgebungsprozessen sicherstellen, dass der Gesetzgeber bei seinen Entscheidungen über die (möglichen) spezifischen Auswirkungen des Vorhabens auf junge Menschen informiert ist und diese berücksichtigen kann.

Alle, die gemeinsam am Jugend-Check und vor allem am Prüfinstrument arbeiten, erhofften sich, dass ein verbindliches Prüfinstrument dazu führt, dass Entscheidungen über Gesetze nicht mehr in Unkenntnis der spezifischen Auswirkungen auf die Belange junger Menschen getroffen werden und dass die Berücksichtigung dieser Belange nicht mehr als (fast) ausschließliches Thema des Jugendministeriums angesehen wird. Der Deutsche Bundesjugendring hoffe, so Immanuel Benz weiter, dass es nach und nach Routine wird, bereits bei der Erarbeitung von Referentenentwürfen aller Ressorts junge Menschen mitzudenken – auch und gerade da, wo ihre spezifischen Belange nicht offensichtlich sind.

Als Ergebnis des angestrebten Jugend-Checks solle jede Gesetzesvorlage zukünftig eine Darstellung der spezifischen Auswirkungen auf junge Menschen beinhalten. Damit könne das Parlament bei seinen Entscheidungen die spezifischen Auswirkungen auf junge Menschen berücksichtigen und so die Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Belangen der jungen Generation prüfen.

Auch wenn in vielen Punkten die Diskussionen noch nicht abgeschlossen seien, stünden einige Anforderungen bereits fest, die erfüllt sein müssten, damit ein Jugend-Check funktionieren und wirken könne. Grundvoraussetzungen seien die ressortübergreifende Anwendung und eine verbindliche gesetzliche Verankerung des Jugend-Checks.

Mit einem kleinen Rollenspiel wurde im Forum verdeutlicht, wie ein solches Prüfverfahren ablaufen könnte und wer dabei welche Funktion hätte. Beispiele dabei waren die Gesetzesvorhaben im Zusammenhang mit dem sogenannten Fracking, die Einführung des Mindestlohns mit seinen Ausnahmen für unter 18-Jährige und ein fiktives Gesetz zur Wahlalterabsenkung. Bei allen drei Durchläufen des Forums gab es regen Diskussionsbedarf.



Die Frage nach der föderalen Ebene war vielen Teilnehmenden wichtig: Warum gerade die Bundesebene? Europäische Entscheidungen gewannen doch immer mehr an Einfluss; andererseits seien viele Entscheidungen von Ländern und Kommunen für junge Menschen viel

unmittelbarer, so eine Anmerkung aus dem Publikum. Der Jugend-Check werde von Akteuren der Bundesebene entwickelt und aus diesem Grund läge der Fokus hier, so die Antwort des DBJR. Das Ergebnis solle es jedoch ermöglichen und dazu anregen, dass Länder und Kommunen jeweils für sie passende Module aufgreifen und für sich weiterentwickeln und nutzen.

Ebenso wurde die ursprünglich vorgesehene Altersspanne von 0 bis 27 Jahren hinterfragt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums waren sich darin einig, dass bei der Prüfung zumindest nach Altersgruppen differenziert werden sollte.

Großes Interesse bestand ebenfalls an der Frage der Realisierbarkeit. Wie kann gewährleistet werden, dass der Jugend-Check ein Erfolg wird und positiv für junge Menschen wirkt? Wie alltagstauglich ist ein solches Verfahren wirklich, und wie stark müssen dafür das entsprechende Prüfungsgremium und seine hauptamtliche Arbeitsstelle sein? Wie ist der Mehraufwand im Entscheidungsverfahren zu rechtfertigen? Aus Sicht des DBJR rechtfertigt der Anspruch, jugendgerecht zu handeln – mit einer Gesetzgebung, die junge Menschen nicht aus dem Blick verliert – den dafür nötigen Aufwand.



Weitere Themen der Diskussion waren der Ursprung des Begriffs „Jugend-Check“, die Zusammensetzung und Anbindung der Gremien und das Verhältnis zu anderen Akteuren, z. B. zum Bundesjugendkuratorium, zur Kinderkommission des Deutschen Bundestags und zu den Interessenvertretungen junger Menschen, etwa den Jugendverbänden.

Nicht alle Fragen konnten beantwortet werden, und viele spannende Themen fielen der Zeit zum Opfer. Um weiter zu diskutieren und auf dem Laufenden zu bleiben, wurde auf Informationen auf den Seiten des Deutschen Bundesjugendrings unter go.dbjr.de/jugendcheck und auch bei der Koordinierungsstelle unter <https://www.jugendgerecht.de/jugend-check> hingewiesen.

FORUM „UMSETZUNG DER EU-JUGENDSTRATEGIE IN DEUTSCHLAND“

GASTGEBER UND BERICHT: JUGEND FÜR EUROPA

Mit diesem Forum sollten die Verbindungslinien zwischen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie und der nationalen Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ anhand fachlicher Impulse aufgezeigt werden. Konkret wurde verdeutlicht, wie europäische Partizipationsansätze umgesetzt und realisiert werden können, welchen Mehrwert junge Menschen für sich sehen und wie jugendpolitisches Handeln vor Ort durch europäische Impulse bereichert wird.

Im Mittelpunkt des Forums standen zwei europäische Partizipationsprojekte, die aus Sicht junger Menschen und durch Entscheidungsträger von Land und Kommune bewertet wurden. Ein Moderatoren-Tandem, Jochen Butt-Pośnik von der Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie und Johannes Bergunder von GOEUROPE Sachsen-Anhalt, führte durch das Forum.



Den Auftakt bildete eine Einführung in die Umsetzung der EU-Jugendstrategie und ihr Verhältnis zur nationalen Jugendstrategie durch Ulrike Wissner von der Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie bei JUGEND für Europa.

Die Projekte „Deutsch-Polnischer Oderjugendrat“ und „Hier ist Europa“ wurden von Laura Schabbert (Oderjugendrat) und Matthias Hoffmann (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg) bzw. von Svenja Wermter (Europabotschafterin des Projektes „Hier ist Europa“) und Volker Rohde (Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie)

vorgestellt, erläutert und bewertet. Tobias Köck vom Deutschen Bundesjugendring schloss mit einer Einordnung des europäischen Beteiligungsinstrumentes [Strukturierter Dialog](#).

Ulrike Wisser würdigte den Beitrag, der durch die Umsetzung der EU-Jugendstrategie zur Strategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ geleistet werden könne. Auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Umsetzung der europäischen Strategie könnten Impulse in die Politik und Praxis der Jugendhilfe eingebracht, neue Wege inspiriert und eine europäische Ausrichtung der Arbeit vor Ort befördert werden. Damit leiste man mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie einen Beitrag zur Stärkung einer jugendgerechten Gesellschaft, und zwar insbesondere dort, wo es fachliche Schnittmengen gebe. Diese bestünden beispielsweise beim Thema Partizipation: Die Jugendstrategie des Bundes wolle faire und wirkungsvolle Jugendbeteiligung verankern und Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für alle jungen Menschen in Deutschland eröffnen. Mit der EU-Jugendstrategie wollten Bund und Länder die Partizipationskultur in Deutschland durch die Nutzung europäischer Impulse stärken und die Beteiligung junger Menschen an europäischer Politikgestaltung verbessern.



Laura Schabbert und Svenja Wermter stellten anschließend ihre Projekte vor: Der Oderjugendrat bestehe seit 2011, so Laura Schabbert. Regelmäßig trafen sich junge Menschen aus Seelow und dem ganzen Oderland sowie aus Kostrzyn und Boleszkowice, um sich mit für sie wichtigen Themen in der Region zu befassen. Dazu gehörten Jugendpartizipation, demografischer Wandel und die Oderregion in Europa. Die Arbeit im Oderjugendrat zeige, dass die Interessen und Themen für die jungen Menschen in Brandenburg und der benachbarten polnischen Region gleich seien. Junge Menschen beteiligten sich aktiv, um sich einzumischen und ihren Lebensraum im Grenzgebiet mitzugestalten, damit dieser attraktiver werde.

„Hier ist Europa“ sei ein Projekt des Strukturierten Dialogs in Hannover, berichtete Svenja Wermter. Im Mittelpunkt stünden kommunale Beteiligungsaktionen für Jugendliche zu

Entscheidungsprozessen mit europäischer Dimension. Außerdem werde über das Projekt verdeutlicht, wo überall in Hannover solche Entscheidungen getroffen werden und wer die Dialogpartner sind. Europabotschafterinnen und -botschafter wie sie selbst begleiteten das Projekt als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Das Projekt habe verdeutlicht, dass Europa viele Anknüpfungspunkte vor Ort habe und deshalb der Dialog mit in Hannover ansässigen Europapolitikerinnen und -politikern wichtig sei, berichtete Svenja Wermter. Sich bei Europa einzumischen, mitzumachen und mitzugestalten könne auch in der Kommune geschehen. Das sei auch wichtig, weil Europa und seine Vorteile von jungen Menschen heute selbstverständlich wahrgenommen würden. Dies gelte es zu bewahren.

Die beiden Projektvertreterinnen machten deutlich, dass ihre Mitwirkung ihnen persönlich viel an Wissen sowohl über lokale als auch über europäische Politikzusammenhänge, Verständnis für andere Kulturen und Lebenslagen, aber auch Sprachkompetenzen gebracht hätten.

Den Mehrwert einer europäischen Dimension für die Kommune (Hannover) und ein Bundesland (Brandenburg) erklärten Volker Rohde und Matthias Hoffmann beispielhaft.

Das Land Brandenburg habe eine Internationalisierungsstrategie, bei der es zwar in erster Linie um wirtschaftliche Interessen gehe, aber auch um Jugend, erläuterte Matthias Hoffmann. Um optimale Rahmenbedingungen für junge Menschen zu gestalten, brauche es neben regionalen und nationalen Strategien den internationalen Erfahrungsaustausch und das gemeinsame



Engagement in der EU. Eine Lebenslagenpolitik mit und für junge Menschen in Brandenburg bedeute auch, die jungen polnischen Menschen im Grenzgebiet mitzudenken. Die EU-Jugendstrategie basiere zu großen Teilen auf dem, was in der Fachwelt als Peer-Learning beschrieben werde: Fachkräfte erweitern ihren Horizont durch den Austausch mit anderen

Fachkräften, schauen über den eigenen Tellerrand und holen sich hilfreiche Anregungen und

Hinweise. Auch das Land Brandenburg versuche, die eigene Arbeit im Jugendbereich europäisch zu denken und entsprechende Fachkontakte außerhalb Deutschlands zu knüpfen und auszubauen.

Zur Europafähigkeit einer Kommune gehöre es, Möglichkeiten zu schaffen, damit Jugendliche ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger Europas wahrnehmen, so Volker Rohde. Außerdem sollten Kommunen darauf hinwirken, dass grenzüberschreitende Begegnungen und europäische Erfahrungen einen selbstverständlichen Teil des Alltags von Jugendlichen und Fachkräften bilden. Europa bestimme aber auch die Lebenswelten junger Menschen und setze Anforderungen an ihr gelingendes Aufwachsen und die damit verbundenen Kompetenzen. Für eine Stadt wie Hannover bedeute dies u. a., die Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe, wie die internationale Jugendarbeit, dahingehend zu stärken.

Zum Beispiel bei der Mitgestaltung des öffentlichen Raums durch junge Menschen erlebe er die Verbindung mit Europa und darüber hinaus. Jugendliche hätten ähnliche Themen und würden sich auch von jungen Menschen aus anderen europäischen Kommunen inspirieren lassen – so bei Skaterprojekten in Hannover, die nach dem Vorbild anderer europäischer Kommunen entstanden seien.

Der Strukturierte Dialog zwischen Jugend und Politik sei das Jugendbeteiligungsinstrument der EU-Jugendstrategie und solle dazu beitragen, dass die Meinungen und Anliegen junger Menschen berücksichtigt werden, so Tobias Köck vom Deutschen Bundesjugendring. In seiner Funktion als Vorsitzender der Nationalen Arbeitsgruppe zum Strukturierten Dialog erläuterte er die Dialogwege zu aktuellen Themen der EU von der europäischen bis zur kommunalen Ebene und zurück. Die Verbindung zwischen der Jugendstrategie des Bundes und der EU-Jugendstrategie drücke sich auch durch den Strukturierten Dialog aus, denn „Ich mache Politik“ als Jugendbeteiligungsinstrument zur Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik sei nach dem Vorbild des Strukturierten Dialogs entwickelt worden. Beide Instrumente verbänden Konsultationen zu gemeinsamen nationalen und europäischen Fragestellungen.

Handreichungen:

- > [Newsletter zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland, Ausgabe 2/2015](#)
- > [Broschüre „Die EU-Jugendstrategie – jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa“](#)

FORUM „JUGENDGERECHTE KOMMUNEN“

GASTGEBER UND BERICHT: KOORDINIERUNGSSTELLE „HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“

Im ersten Teil dieses Forums stellte Nils Rusche (Referent in der Koordinierungsstelle) die Merkmale jugendgerechter Kommunen, die bislang im Rahmen der Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik zusammengetragen wurden, vor und zur Diskussion. Franziska Lück (Jugendkonferenz Friesland) brachte dazu die Jugendperspektive ein; sie vertrat die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Jugendworkshops zum Thema „Jugendgerecht vor Ort“. In der Präsentation von Nadine Paffhausen (Referentin in der Koordinierungsstelle) stand der Begleit- und Peer-Learning-Prozess „Jugendgerechte Kommune“ im Mittelpunkt, der im Herbst 2015 mit Referenzkommunen startet.



Nils Rusche führte zunächst kurz in die Liste mit Merkmalen jugendgerechter Kommunen ein, welche am Ende des Entwicklungsprozesses der Eigenständigen Jugendpolitik aus den zahlreichen Debattenbeiträgen heraus erstellt und in der Publikation „Eigenständige Jugendpolitik – Dialogprozess, Leitlinien, Herausforderungen“ veröffentlicht wurden:

Merkmale jugendgerechter Kommunen

- > Jugendliche leben gerne dort, sie identifizieren sich, bleiben oder kommen wieder.
- > Jugendliche haben einen festen Platz in der Kommune. Dafür brauchen sie eigene Räume, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.
- > Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- > Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsorten.
- > Die Jugendarbeitslosigkeit ist niedrig.
- > Teilhabe und jugendgerechte Beteiligungsformate für alle Jugendlichen sind verankert und etabliert. Die Einbindung der jungen Menschen in die Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune ist verbindlich, Jugendliche haben Gestaltungsmacht und werden ernst genommen.
- > Jugendpolitik hat einen hohen politischen Stellenwert in der Kommune. Es gibt einen eigenen politischen Auftrag und einen Etatposten für Jugendpolitik. Ein kommunales Rahmenkonzept nicht nur zur Jugendbeteiligung, sondern auch zur kulturellen Jugendbildung und zur Vernetzung zwischen den formalen Einrichtungen mit den freien Trägern in offenen Einrichtungen wird angewendet.
- > Jugendhilfeplanung bezieht alle Lebensbereiche junger Menschen ein, nicht nur Jugendhilfe, sondern auch Schul-, Stadt-, Bau- und Verkehrsplanung. Auch die Jugendlichen und ihre Eltern werden in den Planungsphasen ernsthaft beteiligt.
- > Die Belange junger Menschen werden bei Angelegenheiten, die zur Diskussion stehen und sie betreffen, berücksichtigt. Sobald eine solche Entscheidung ansteht, wird überprüft, welche Auswirkungen das sowohl auf die aktuelle als auch auf künftige Jugendgenerationen hat. In diesem Sinne braucht Jugendpolitik eine gemeinsame Strategie aller politischen Ressorts.
- > Alle relevanten Akteure (z. B. Jugend, Schule, Vereine/Verbände, Wirtschaft, lokale Medien, Politik und Verwaltung) wirken zusammen.
- > Die Kommune hat ein ressortübergreifendes Leitbild „Jugendfreundlichkeit“, welches immer wieder auf den Prüfstand gestellt wird hinsichtlich sich ändernder Interessenslagen und Bedürfnisse der Jugendlichen. Diese werden so erhoben, dass möglichst alle Jugendlichen erreicht werden.
- > Der Grad der Jugendfreundlichkeit einer Kommune darf nicht vom Engagement einzelner Personen abhängen.

Diese Liste sei bewusst allgemein gehalten, um für möglichst viele Kommunen relevant zu sein. Außerdem sei die Merkmalsliste sicher nicht vollständig, sondern vielmehr eine Einladung und Grundlage, um über die Jugendgerechtigkeit einer Kommune ins Gespräch zu kommen. Im Rahmen eines [Jugendworkshops der Koordinierungsstelle](#) im Juni 2015 und beim [15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag 2014](#) seien diese Merkmale bereits diskutiert worden. Dabei habe man festgestellt, dass die Merkmale noch stärker systematisiert und ergänzt bzw. zugespitzt werden müssten, etwa um Themen wie Beschwerdeverfahren, Schutz- und Kinderrechte sowie Inklusion/Diversity. Zudem sei der Wunsch geäußert worden, dass die Merkmale prozessorientierter formuliert werden müssten, um Wege zu mehr Jugendgerechtigkeit und Weiterentwicklungschancen zu verdeutlichen.



Die Jugendlichen aus dem Jugendworkshop im Juni 2015 hätten – neben viel Lob und Zustimmung – auch kritische Anmerkungen und Ergänzungswünsche geäußert, so Franziska Lück. Zunächst betonte sie, dass die Jugendlichen eine bunte Gruppe mit verschiedenen regionalen, sozialen und lebensweltlichen Hintergründen gewesen seien. Man sei sich schnell einig gewesen, dass einige Merkmale sehr komplex und schwer verständlich seien. Das hätte dann auch zu Problemen bei der Bewertung von Notwendigkeit und Wichtigkeit einzelner Merkmale geführt. Die jungen Teilnehmerinnen

und Teilnehmer hätten sich darüber hinaus von jugendgerechten Kommunen mehr Verständnis für die Sorgen und das Verhalten von Jugendlichen gewünscht, mehr Anstrengungen bei der Flüchtlingsintegration, bessere Verkehrsanbindungen, Bereitschaft zu echter Diskussion auf Augenhöhe zwischen Jugend und Kommune/Politik, mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen, Stimmrecht bei sie betreffenden Angelegenheiten sowie generell weniger Bürokratie, effizientere Kommunikation und Förderung des politischen Interesses und der Partizipation. Dies alles sei notwendig, um die Attraktivität von Kommunen und auch der Kommunalpolitik für die Jugend zu steigern. Zudem hätten die Jugendlichen mehr Mitbestimmungskultur im Alltag gefordert – und zwar nicht nur für einzelne Jugendgruppen,

sondern für alle jugendlichen Subkulturen einer Kommune. Wünschenswert sei die dauerhafte Einbeziehung in lokalen Gremien und erwachsene Unterstützung für Jugendgruppen und -organisationen. Die Jugendlichen hätten zudem die Hoffnung geäußert, dass Kommunen stärker gegen Jugendarbeitslosigkeit vorgehen und ihre Angebote so ausgestalten, dass den Bedarfen der Jugend gerecht werden.

Nadine Paffhausen stellte den anstehenden Begleit- und Peer-Learning-Prozess der Koordinierungsstelle mit ausgewählten Referenzkommunen vor. Ab Herbst 2015 bis Mitte 2018 wolle die Koordinierungsstelle 16 Kommunen auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit begleiten.

Der Aufruf zur Interessensbekundung sei über die kommunalen Spitzenverbände, die Landesministerien und die Landesjugendringe verbreitet worden. Die 16 Kommunen sollten eine möglichst große Vielfalt der kommunalen Realität in Deutschland abbilden, so Nadine Paffhausen. Mit Vertretern der Jugend und der Politik aus allen Kommunen werde ein Peer-Learning-Verfahren gestartet: In fünf Seminaren sollten die teilnehmenden Kommunen voneinander und miteinander lernen, wie ihre Kommunen jugendgerechter werden können. Die Koordinierungsstelle halte Themenvorschläge bereit, die Planung

Themenvorschläge für das Peer-Learning mit Referenzkommunen

- > Lebensphase Jugend
- > junge Erwachsene
- > Merkmale jugendgerechter Kommunen
- > Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher
- > lokale Netzwerke
- > Jugendhilfeplanung
- > Schule und außerschulische Bildungsorte
- > Jugendbeteiligung
- > Jugend und Politik/Verwaltung
- > Jugendkultur und Freiräume
- > jugendgerechte Demografienpolitik

sei jedoch offen genug, um im Prozess auf entstehende Bedarfe zu reagieren. Zudem hoffe die Koordinierungsstelle, dass die Erkenntnisse aus dem Peer-Learning-Prozess über die Kommunen in die Länder hinein wirken.

An allen Vorhaben im Rahmen des Prozesses „Jugendgerechte Kommune“ sollten Jugendliche mitwirken. Die jeweiligen Ziele würden auf Grundlage einer Ist-Stand-Analyse mit der Koordinierungsstelle festgelegt. Für Jugendgruppen sei zudem ein Budget in Höhe von je 1.850 € pro Jahr vorgesehen, welches durch die Jugendlichen selbst verwaltet werden solle.

Ziel sei, dass die Kommunen die Projektphase bis Mitte 2018 auch dazu nutzen, ein starkes Netzwerk vor Ort zu bilden, welches die Ideen der jugendgerechten Kommune über diesen Zeitraum hinweg verstetigt und somit nachhaltige Wirkung hat. Ebenfalls denkbar sei der Beschluss jugendpolitischer Leitbilder und Leitlinien vor Ort. Nadine Paffhausen kündigte an, dass es auf dem 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im März 2017 eine erste Zwischenbilanz zu diesem Prozess geben werde. Als Angebot für alle (nicht nur die ausgewählten) Kommunen konzipiere die Koordinierungsstelle derzeit eine Werkzeugbox, welche für Politik, Fachkräfte und Jugendliche vor Ort hilfreiche Impulse, Methoden und Instrumente beinhalten soll, um die eigene Kommune jugendgerechter zu machen.

In den Diskussionen zum Forum gab es zahlreiche Rückmeldungen zu den Merkmalen jugendgerechter Kommunen. Zur Ergänzung schlug das Publikum vor:

Ergänzungen zu den Merkmalen jugendgerechter Kommunen

- > Ermöglichung grenzüberschreitender Mobilität
- > Wohnraum für junge Menschen
- > Internationalität von Kommunen
- > Umformulierung: Statt „Der Grad der Jugendgerechtigkeit einer Kommune darf nicht vom Engagement einzelner Personen abhängen“ lieber „(...) hängt vom Engagement aller Akteure ab.“

Auch zu den Referenzkommunen gab es Beiträge aus dem Publikum. Angeregt wurde die Qualifizierung kommunalpolitischer Akteure für Jugendpartizipation. Kritisch kommentiert wurde die Mehrgleisigkeit der jugendpolitischen Angebote von der Bundesebene durch die Jugendstrategie und andere Maßnahmen, z. B. durch das Programm „Demokratie leben!“. Zudem kam die Frage auf, wie alle Kommunen angesprochen werden können, nicht nur die bereits engagierten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums wurden von der Koordinierungsstelle gebeten, Anmerkungen, Bedenken, Empfehlungen und Kritik zu formulieren und ihnen auf Karteikarten zu hinterlassen. Folgendes wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anmerken:

- > **Wie werden die Kommunen erreicht, die sich von sich selbst aus nicht für das Thema öffnen wollen? Können auch Jugendliche ihre Kommune anmelden?**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Wir werben öffentlich für das Thema und sprechen über die Kommunalen Spitzenverbände, die Länder und auch die Jugendverbände möglichst viele Kommunen an. Über die Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“ sollen bewährte Wege und Mittel für jugendgerechtere Kommunen auch für einzelne Akteure zugänglich werden. Dazu gehören auch Informationen, um in der eigenen Kommune für das Thema zu werben. Für die dreijährige Teilnahme am Prozess „Jugendgerechte Kommune“ erwarten wir eine Garantie durch die Verwaltungsleitung. Jugendliche können ihre Kommunen deshalb nicht selbst anmelden.
- > **Die Jugendverbände repräsentieren nicht alle Jugendlichen. Insbesondere die Jugendsozialarbeit vertritt die Interessen einer weiteren großen Gruppe und bietet Zugang zu ihnen. Ist das gewünscht oder macht ihr es euch mit den „fitten“ Jugendlichen einfach?**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: An unseren Jugendworkshops nehmen auch Jugendliche aus nicht-verbandlichen Kontexten teil. Die Koordinierungsstelle strebt in Zukunft eine noch heterogenere Zusammensetzung an. Die Referenzkommunen sind ebenfalls aufgefordert, möglichst alle Jugendlichen vor Ort zu beteiligen und die dafür nötigen Strukturen einzubeziehen.
- > **Das jeweilige Bundesland sollte über die Entscheidung, welche Kommune ausgewählt wurde informiert werden (es entsteht so u. a. die Möglichkeit zur Kooperation).**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Das machen wir gern.
- > **Die Rückmeldungen von Jugendlichen (wie „Diskussion auf Augenhöhe!“) auch auf anderer Ebene wie bei der Erstellung des Jugend-Checks publik machen!**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Diese Anregung bringen wir gerne in die Entwicklung des Jugend-Checks ein.
- > **Toller Prozess, aber anspruchsvoll! Jetzt schon mitdenken: Was gibt es für Anschlussmöglichkeiten nach den drei Jahren?**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Einen Ausblick für Anschlussmöglichkeiten wird es hoffentlich 2017 im Rahmen der Zwischenbilanz beim 16. DJHT geben.

- > **Die Auswahl der Kommunen sollte angemessene Kriterien befolgen.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Die Auswahl der Kommunen erfolgt neben den genannten Erwartungen in der Gesamtbetrachtung und zielt darauf ab, eine möglichst große Bandbreite der kommunalen Vielfalt wieder zu spiegeln.
- > **Die Ergebnisse sollten großflächig bekannt gegeben werden.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Dies ist für die Zwischenbilanz 2017 und den Abschlussbericht 2018 geplant. Hierbei setzen wir u. a. auf die Multiplikatorenwirkung der Akteure der Jugendstrategie.
- > **Mittel für die Umsetzung entwickelter Maßnahmen wären vorteilhaft, um Interesse zu entwickeln.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Mittel für die Umsetzung entwickelter Maßnahmen sind ein zweischneidiges Schwert: Einerseits ermöglichen sie zunächst eine Umsetzung, andererseits enden viele Maßnahmen dann auch mit Ende dieser Unterstützung. Dies führt zur viel beklagten „Projektitis“, die wenig nachhaltige Wirkungen hinterlässt. Wir hoffen, durch den Anschluss an bestehende Strukturen und die Entwicklung nachhaltiger, je eigener Konzepte über die Projektlaufzeit hinaus Kommunen jugendgerechter zu machen.
- > **Jugendliche werden auch mit blöden Argumenten verschreckt.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Das ist richtig.
- > **Kinder- und Jugendring Sachsen hat Beteiligungsprojekt analog „jugendgerechte Kommune“ (www.kjrs.de).**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Vielen Dank für den Hinweis, den wir gerne teilen!
- > **Es gibt Stadtjugendringe und Kreisjugendringe, die als Struktur, politische Vertretung und Scharnier mitgedacht werden müssen.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Unbedingt! Wir wollen die bestehenden Strukturen einbinden und keine unnötigen Parallelstrukturen entwickeln.
- > **Warum ist beim Merkmal „Jugendpolitik hat einen hohen politischen Stellenwert ...“ die kulturelle Jugendbildung explizit erwähnt? Was ist mit ökologischer, politischer, sportlicher, naturfreundlicher etc. Bildung? Wieso der besondere Stellenwert?**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Die kulturelle Jugendbildung steht exemplarisch für die Vielfalt informeller und non-formaler Bildungsorte. Die Merkmale jugendgerechter Kommunen werden derzeit überarbeitet, und dieser Aspekt wird in der überarbeiteten Fassung genauer gefasst sein.

- > **Es ist wichtig, den Menschen, die eine Kommune gestalten, den Wert von Jugendgerechtigkeit zu vermitteln – was alle Menschen in einer Kommune gewinnen, wenn sie jugendgerecht wird.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Ja, aber dabei darf nicht vergessen werden, Jugendgerechtigkeit aus der Perspektive von Jugendlichen zu denken und zu gestalten.
- > **Es gilt, die Verbündeten in den Kommunen gegen die Verweigerer in den Kommunen zu unterstützen.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Das sehen wir auch so. Deswegen ist es wichtig, dass die „Verbündeten“ in einer Kommune sich zusammenschließen und absprechen.
- > **Ein selbstverwaltetes Budget für Jugendgruppen sollte im Jugendförderplan verankert werden (i.S.v. § 11+12 SGB VIII) und muss die bestehende Förderung der Jugendarbeit ergänzen. Auch hier sollte der Jugendring eine zentrale Rolle spielen.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Wir probieren das aus und sind zuversichtlich, dass positive Erfahrungen mit selbstverwalteten Budgets dann auch zu entsprechenden Anpassungen im Bereich der Jugendförderung führen werden – als Ergänzung zu den bestehenden und bewährten Ansätzen.
- > **Sind zurzeit wirklich alle Jugendlichen angesprochen (Zugänglichkeit)? Bisher scheint die Ansprache hauptsächlich über die Jugendverbände/Jugendringe bzw. Schülervertretungen zu erfolgen. So werden in der Regel Jugendliche aus bildungsferneren Schichten oder mit z. B. sprachlichen Beschränkungen usw. nicht erreicht. Bislang scheint die Offene Kinder- und Jugendarbeit mit i.d.R. „anderen“ Jugendlichen nicht eingebunden zu sein.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Wir bemühen uns um eine möglichst große Vielfalt der einbezogenen Jugendlichen und arbeiten mit Gestaltungspartnern aus der Offenen Jugendarbeit und auch der Jugendsozialarbeit zusammen. Vorhandene Benachteiligungen versuchen wir so gut wie möglich zu kompensieren.
- > **Eine Kommune pro Bundesland bildet nicht die Landschaft der Jugend(arbeit) ab. Mögliche Lösung: Länderprogramme, d.h. der Bund müsste die Länder „ermuntern“, auch aktiv zu werden.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Mit unserem Vorhaben können wir die jugendpolitische Landschaft natürlich nicht vollständig abbilden, aber wir wollen die kommunale Vielfalt in Deutschland möglichst breit widerspiegeln. Die Länder sind eingeladen, an der Jugendstrategie mitzuwirken und wirken auch bereits in unserem Planungsstab mit.
- > **Vorraussetzung der Teilnahme: Ressourcen!**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Und: der politische Wille.

- > **Bitte darauf achten, dass die Jugendlichen nicht instrumentalisiert werden.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Unbedingt!
- > **Planung setzt die Verabredung von Zielen voraus, die nach entsprechenden Zeitabläufen auch ehrlich zu evaluieren sind, und das nicht nur aus Politiker- und Erwachsenensicht, sondern unter Berücksichtigung der Adressaten.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Das sehen wir auch so und wir wollen das gemeinsam mit den Kommunen entsprechend planen.
- > **Fachgespräch grenzt nicht nur Jugendliche aus.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Wir sind dankbar für Hinweise auf Veranstaltungsformate, die gleichermaßen für alle denkbaren Zielgruppen funktionieren. In Anbetracht des erwarteten und angesprochenen Publikums hielten wir ein Fachgespräch für ein sinnvolles Format, obschon wir wissen, dass es nicht ideal ist.
- > **Teilhabemöglichkeiten junger Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ausweiten.**
 - > Kommentar der Koordinierungsstelle: Dies ist ein Aspekt jugendgerechter Kommunen, den wir bei der Überarbeitung der Merkmale jugendgerechter Kommunen auf jeden Fall berücksichtigen.



Empfehlungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kommunen

- > Mobil, das flächendeckend in Landkreisen unterwegs ist – Information, Vernetzung, Austausch
- > Kommunalpolitikerinnen und -politiker für Jugendpolitik als Querschnittspolitik qualifizieren
- > ehrlich sein, Schritt für Schritt vorgehen, eigene Schwerpunkte definieren, Wege entwickeln
- > Prozessbegleiter suchen und sich beraten lassen
- > Budgets an Jugendliche übergeben
- > Jugendparlamente
- > Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen mit Jugendlichen und Experten
- > auf die Stimme der Jugendlichen hören, auf Jugendliche zugehen
- > sich für die Jugendlichen Zeit nehmen, auf Augenhöhe kommunizieren
- > Förderung von regelmäßiger Jugendhilfeplanung und Jugendförderplanung unter Beteiligung der Adressaten und der ausführenden Träger sowie der Politik und weiterer Planungsbereiche, dafür entsprechende Ressourcen vorhalten und zielgerichtet einsetzen
- > Formulierungen überdenken, verständliche Sprache
- > eine „Stabsstelle“ einrichten
- > bestehende Beteiligungsformen jugendgerecht strukturieren
- > nicht die Jugendlichen, sondern alle Jugendlichen
- > Expertenwissen der Jugendlichen für ihre Lebensbereiche einbeziehen
- > alle Akteure in der Kommune, die mit oder für junge Menschen arbeiten, stärker vernetzen
- > Chancengleichheit für Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus herstellen
- > Partizipation braucht Ressourcen
- > keine Doppelstruktur für Jugendbeteiligung; Jugendringe und -verbände so ausgestalten, dass sie die Beteiligung aller jungen Menschen gewährleisten können, z. B. in dem sie Beteiligungsprojekte organisieren
- > Methoden entwickeln und anwenden, um nicht partizipierende Jugendliche einzubinden

PODIUM MIT ZENTRALEN GESTALTUNGSPARTNERN DER JUGENDSTRATEGIE

Den Satz „Unsere Gesellschaft wird Jugend gerecht, wenn...“ vervollständigten am Spätnachmittag in einer Diskussionsrunde Roland Fehrenbacher (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege), Lisi Maier (Deutscher Bundesjugendring / Bundesjugendkuratorium), Rainer Wiebusch (Bundesjugendministerium), Manfred von Hebel (JUGEND für Europa) und Prof. Dr. Karin Böllert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ / Bundesjugendkuratorium).



Zunächst positionierten sich die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer grundsätzlich in Sachen Jugendgerechtigkeit: Roland Fehrenbacher stellte in den Mittelpunkt, dass Jugendliche nicht nur eine, sondern mehrere Chancen auf Entwicklung, Bildung und Reifung erhalten. Lisi Maier betonte die politische Herausforderung, alle Entscheidungen ressortübergreifend durch die Brille von jungen Menschen zu treffen. Rainer Wiebusch schloss sich an und äußerte den Wunsch, dass sowohl Erwachsene im Sinne junger Menschen und künftiger Generationen denken und handeln, als auch, dass sich Jugendliche der Gesellschaft zugehörig fühlen. Manfred von Hebel verknüpfte Jugendgerechtigkeit mit dem Zugang aller jungen Menschen zu grenzüberschreitender Mobilität. Prof. Dr. Karin Böllert kennzeichnete eine jugendgerechte Gesellschaft durch gleiche Teilhabechancen für alle jungen Menschen und durch ihre Befähigung, eigenständige Lebensentwürfe zu entwickeln und umzusetzen.

Im Folgenden rückte die Jugendstrategie in den Fokus: Worauf muss hier besonders geachtet werden, ist alles Wichtige drin? Prof. Dr. Karin Böllert verortete die zentrale Herausforderung

darin, tatsächlich alle Jugendlichen zu erreichen sowie bestehende Nachteile (etwa durch soziale und regionale Hintergründe) auszugleichen und gesellschaftliche Zugangshindernisse abzubauen. Roland Fehrenbacher pflichtete bei, dass der Anspruch, allen jungen Menschen gerecht zu werden, mit Blick etwa auf Merkmale wie Armutsbelastung, Behinderungen oder auch Fluchterfahrungen, sehr hoch sei. Lisi Maier ergänzte, eine Jugendstrategie werde nur dann erfolgreich sein, wenn auch zügig eine Umsetzung erfolge und zwar von Maßnahmen, von denen junge Menschen relativ schnell profitieren können. Rainer Wiebusch äußerte die Hoffnung, dass die Jugendstrategie einen Anstoß liefert: „Ich finde wichtig, dass wir insgesamt einen Schub für die Jugend in Deutschland erzeugen und für die Jugendpolitik und für diejenigen, die Jugendpolitik betreiben.“

Manfred von Hebel regte an, die Einzelvorhaben der Jugendstrategie stärker in den europäischen Kontext zu stellen und nach europäischen Inspirationen zu suchen. Europa setze Impulse, sei Ideengeber und manchmal auch „Möglichmacher“. Im Bildungs- und auch im Jugendbereich habe die EU zwar keine Regelungskompetenz, aber sie ermögliche Zusammenarbeit und Dialog. „Ich glaube, das hat uns in den letzten Jahren auch viel weiter gebracht als wenn sich ein Land aufschwingt und sagt: Wir nehmen jetzt mal alle anderen mit.“ Andererseits sei Deutschland mit seiner ausdifferenzierten Kinder- und Jugendhilfe und den damit verbundenen Ressourcen und Kapazitäten auch ein wenig in der Verantwortung, bestimmte Dinge in Europa anzustoßen.



Roland Fehrenbacher verwies darauf, dass die positiven Wirkungen europäischer Austausch- und Begegnungsmaßnahmen auch empirisch erfasst seien. Diese Projekte könnten auch für benachteiligte Jugendliche funktionieren, wenn bestimmte Rahmenbedingungen gegeben seien; diese Zielgruppe werde bislang jedoch noch zu selten erreicht. Prof. Dr. Karin Böllert schloss sich an: „Mobilitätserfahrungen sind noch zu häufig beschränkt auf Jugendliche, die mit einem hohen sozialen und kulturellen Kapital ausgestattet sind, die Abitur machen oder im Auslandssemester einen Teil ihres Studiums absolvieren. Es muss uns gelingen, auch die Jugendlichen, die andere Bildungsbiografien haben und eine andere soziale Herkunft, an diesen Prozessen teilhaben zu lassen. Umgekehrt muss es uns aber auch gelingen, genau diese

Jugendlichen aus den anderen europäischen Ländern zu uns einzuladen und hier willkommen zu heißen.“

Lothar Harles, Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland, äußerte sich aus dem Publikum und mahnte an, bei den Diskussionen über europäische Mobilität nicht den Rest der Welt zu vergessen. Die neue Jugendstrategie müsse z. B. auch die Hindernisse in den Blick nehmen, die durch neue Visa-Regelungen entstanden seien.



Lisi Maier verwies auf die unterschiedlichen Formate des internationalen Austauschs. Zum Teil seien diese auch geeignet, mit bunt gemischten Gruppen zu arbeiten. Darüber hinaus merkte sie an, dass die europäische Perspektive auch im Rahmen der Jugend-Check-Debatte mitgedacht werden müsse – einerseits würden viele jugendrelevante Entscheidungen auf der europäischen Ebene getroffen und andererseits seien auch die Erfahrungen anderer europäischer Länder wichtig, zum Beispiel habe Österreich einen eigenen Jugend-Check.

Zu Reichweite und Vertretungskompetenz der Selbstorganisationen von Jugendlichen gefragt, erläuterte Lisi Maier, diese Organisationen brächten die Perspektive von Jugendlichen ein, weil sie von ihnen mandatiert bzw. demokratisch legitimiert seien. „Für uns ist immer wichtig, dass die Vertreter dieser Selbstorganisationen – das können auch Schülervertretungen sein – nicht nur für sich selbst sprechen, sondern für sich und andere Positionen ergreifen und deutlich machen, was aus der Perspektive von Jugendlichen wichtig ist“, so die DBJR-Vorsitzende. Der Deutsche Bundesjugendring arbeite aber auch bewusst mit Formaten, die nicht nur von Jugendlichen aus dem Verbandskontext genutzt würden.



Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend liefen im Referat „Eigenständige Jugendpolitik“ alle Fäden der Jugendstrategie zusammen, so Rainer Wiebusch. Mit Erfolg – der Blick ins Ressort bestätigte den Eindruck, dass die neue Jugendstrategie den Jugendbereich gegenüber der Senioren- und der Kinderpolitik durchaus stärke. Der Referatsleiter betonte jedoch auch, die Jugendstrategie sei eine Gemeinschaftsaufgabe, die das Ministerium nur gemeinsam mit zahlreichen Partnern bewältigen könne. Dazu passe, dass die Jugendlobby in Deutschland sehr gut aufgestellt sei und in immer mehr

Lebensbereiche hinein wirke, etwa in Sport und Schulen. Wenn Länder dem Beispiel des Bundes folgten und eigene Jugend-Checks entwickelten, könnte damit auch die Hoffnung verknüpft werden, dass Schul- und Bildungspolitik jugendgerechter werden.



An Prof. Dr. Karin Böllert wurde die Frage gerichtet, wie viel jugendpolitische Lobbyarbeit für die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren vielfältigen Angeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien überhaupt möglich ist. „Eigentlich so viel wie noch nie“, so die AGJ-Vorsitzende. Gerade dadurch, dass die Kinder- und Jugendhilfe immer breiter aufgestellt sei, habe sie auch eine neue Verantwortung als Lobbyistin für die Jugend. Beispiel Ganztagsschule: Diese werde ja zum Teil kritisch gesehen, weil sie die Jugendphase verändere – Stichworte „Verzweckung“ und „Instrumentalisierung“. Hier liege aber für die Jugendhilfe auch eine Chance, wenn sie selbst in Schule aktiv werde. Über eine Jugendstrategie, die sich auch an Schule verorte, ließen sich etwa neue Beteiligungsformen ausprobieren, durch die junge Menschen Schule als einen Ort erleben, wo nicht nur Unterricht stattfindet, sondern an dem sie auch mitentscheiden, was im Ganztag passiert.

Schulrecht breche ganz oft Jugendhilferecht, konterte Lisi Maier, die sich dieser Einschätzung nicht anschloss. „De facto ist das SGB VIII immer der kleinere Hebel an Schulen. Solange der Direktor vorgibt, wie auch die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe an Schule zu agieren haben,

so lange kann ich nicht von einem gleichberechtigten Miteinander von Jugendhilfe und Schule sprechen.“ Aus dem Publikum kam von Ulla Bundrock-Muhs von der „querkopf akademie“ die Anmerkung, dass Schulen mit PISA, Rankingsystemen und Schülerzahlen in diversen, scheinbar wichtigeren Sachzusammenhängen stünden, und deshalb auf dem Weg zu mehr Partizipation viel Rückendeckung bräuchten.

Roland Fehrenbacher ergänzte zum Stichwort Lobbying, dass die freie Wohlfahrtspflege ja auch andere Felder bearbeite, z. B. die Altenhilfe. „Es ist wichtig, dass die jungen Menschen auch bei uns stärker in den Blick kommen. Die demografische Entwicklung und die damit verbundene Pflegefrage verdrängt manchmal die Sicht auf das Aufwachsen junger Menschen“, so der Referatsleiter beim Deutschen Caritasverband. Dort sei jetzt nach österreichischem und schweizerischem Vorbild „youngcaritas“ gestartet, eine Aktivierungsstrategie, um einerseits Nachwuchskräfte zu gewinnen, und um andererseits Aktionsplattformen zu schaffen, auf denen sich auch junge Menschen beteiligen können.



Die zahlreichen jugendpolitisch relevanten Aktivitäten, die durch die Bundesregierung in den verschiedenen Ressorts unternommen werden, werde das Bundesjugendkuratorium demnächst unter dem Stichwort „jugendpolitische Topografie“ sichtbar machen, berichteten Lisi Maier und Prof. Dr. Karin Böllert, beide Mitglieder im Bundesjugendkuratorium. Bei der Recherche habe sich die Frage gestellt, was eigentlich ein jugendpolitisches Programm sei, so Prof. Dr. Karin Böllert. Müsse da immer direkt „Jugend“ drauf stehen? Nein, es gebe auch viele jugendpolitische Programme, die das gar nicht dezidiert im Titel tragen, trotzdem aber für Jugendliche ganz wichtig sind. Diese Topografie solle eine Grundlage schaffen für ein koordiniertes, ressortübergreifendes Handeln und zu einer stärkeren Vernetzung und Profilierung der Maßnahmen und Programme beitragen.

Aus dem Publikum gab es Widerspruch zu der Aussage, es handele sich bei den jugendrelevanten Maßnahmen anderer Ressorts immer auch um jugendpolitische Programme. Es sei vielmehr die Aufgabe der neuen Jugendstrategie, eine solche jugendpolitische Perspektive in diese Programme einzubringen, so Ina Bielenberg vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten. Mit Blick auf ressortübergreifende Zusammenarbeit berichtete Ulla Bundrock-Muhs, dass Ministerien oft aufgrund von behindernden Verwaltungsvorschriften gar nicht zusammenarbeiten können, selbst wenn sie es möchten – dies sei ihre Erfahrung aus Nordrhein-Westfalen.



Dr. Herbert Wiedermann, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, Integration Hamburg, verwies auf die guten Erfahrungen aus der Kooperation zwischen Bund und Ländern bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie. An die neue Jugendstrategie sei die Frage zu richten, wie der kommunikative Prozess zwischen Bund, Ländern und Kommunen aussehe.

Dazu führte Prof. Dr. Karin Böllert aus, dass im Planungsstab der Koordinierungsstelle die zentralen Akteure gemeinsam an einem Tisch sitzen, u. a. auch die Länder und die Kommunalen Spitzenverbände. Sie ergänzte, der Slogan „Vom Reden zum Handeln“ sei zwar plakativ und nachvollziehbar, aber auch nur die halbe Wahrheit. Es sei ja auch schon vorher gehandelt worden, indem die Idee der Eigenständigen Jugendpolitik in die Breite der Gesellschaft getragen wurde. Bis hin zum Wirtschaftsbereich, zu den Medien, zur Schule und zur Bundesagentur für Arbeit hätten viele gesellschaftliche Partner gemeinsam die Ansicht vertreten, dass eine Eigenständige Jugendpolitik nur dann trägt, wenn sie auf viele Schultern verteilt sei und jeder seiner Verantwortung gerecht werde. Jetzt sei entscheidend, dass dieser jugendpolitische Ansatz an den Ort komme, an dem er tatsächlich auch nur praktiziert werden könne und das sei die Kommune.

Lisi Maier gab zu bedenken, dass Entscheidungen, die auf europäischer Ebene, auf Bundesebene oder auch auf Landesebene getroffen werden, genauso starke Effekte auf

Jugendliche haben können wie Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Die kommunale Ebene sei zwar näher dran an den Jugendlichen, aber ein Mindestlohn oder eine Wahlalterabsenkung hätten genauso viele – wenn nicht noch mehr – Auswirkungen für junge Menschen. Weiterhin führte die DBJR-Vorsitzende aus, dass durch die nationale Jugendstrategie bereits bestehende Ansätze, wie z. B. die einmischende Jugendpolitik in NRW, nicht ausgehebelt, sondern eingebunden werden sollten.

Manfred von Hebel legte Wert darauf, dass sich Erfahrungen aus erfolgreichen kommunalen Prozessen, z. B. in der internationalen Jugendarbeit, in der Jugendstrategie wieder finden. Lothar Harles mahnte eine Ausdehnung des Akteurskreises für die neue Jugendstrategie um die Bereiche Jugendsozialarbeit und -bildung an.

Roland Fehrenbacher wies darauf hin, dass sich Länder und Kommunen auch selbst strategisch aufstellen müssen, das könne eine nationale Jugendstrategie ihnen nicht abnehmen. In diesem Sinne sei – so Rainer Wiebusch zustimmend – die Jugendstrategie auch eine Einladung an Länder und Kommunen, eigene strategische Ansätze (weiter) zu entwickeln und nicht nur in Projekten zu denken.



Der nachhaltige Erfolg der Jugendstrategie lässt sich aus Sicht der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer an mehreren Punkten messen. Die Jugendstrategie sei demnach erfolgreich,

- > wenn junge Menschen erleben, dass Beteiligung Spaß macht, für sie wertvolle Erfahrungen beinhaltet und auch wirkt,
- > wenn es für alle zugänglich Qualitätswerkzeuge gibt, die man anwenden kann, um Kommunen jugendgerechter zu machen,
- > wenn es noch in dieser Legislaturperiode erste verbindliche Regelungen zum Jugend-Check gibt,

- > wenn Jugendpolitik als Begriff auch neben Bildungspolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Arbeitsmarktpolitik bestehen kann und nicht nur subsumiert wird,
- > wenn in überschaubaren Zeiträumen auch positive Ergebnisse sichtbar werden,
- > wenn Jugendhilfeausschüsse zu jugendpolitischen Drehscheiben der Kommunen werden,
- > wenn Inklusion und Integration in den Maßnahmen tatsächlich gelungen ist,
- > wenn europäische Programme wie Erasmus+ auch sichtbar jugendpolitisch werden,
- > wenn auf die Jugendstrategie 2015-2018 eine Jugendstrategie 2019-2022 folgt.



ABSCHLUSS

Anknüpfend an die Podiumsdiskussion formulierte Jana Schröder die Hoffnung, dass Jugendpolitik im Jahr 2018 ein etabliertes, starkes Politikfeld ist, dass die Jugendstrategie konturiert und wirksam ist und dass die jugendpolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auch umgesetzt sind. Die neue Jugendstrategie kennzeichne außerdem einen Meilenstein in der Diskussion, ab dem ihr Fortgang nicht mehr nur vom persönlichen Engagement Einzelner abhängt.

Im Rückblick auf den Tag sei die Koordinierungsstelle sehr zufrieden – sowohl mit den Diskussionen direkt auf der Veranstaltung als auch nach einem Blick auf den Hashtag [#jugendgerecht](#). In ihrem Schlusswort betonte die Leiterin der Koordinierungsstelle, dass die Jugendstrategie natürlich nicht ein erreichtes Ziel sei, sondern vielmehr ein Mittel zum Zweck. Es gehe um eine jugendgerechte Gesellschaft und das sei mehr als „nur“ jugendgerechte Politik und das wiederum sei mehr als eine bessere Jugendhilfepolitik.

Rainer Wiebusch bedankte sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und bei den Akteuren für eine gelungene Veranstaltung und lud im Namen der Gastgeberin, der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks, für den anschließenden jugendpolitischen Abend ins Bundesjugendministerium ein.



JUGENDPOLITISCHER ABEND

Zum jugendpolitischen Abend im Anschluss an die Auftaktveranstaltung zur Jugendstrategie 2015-2018 waren etwa 180 Personen ins Bundesjugendministerium gekommen, die von der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks herzlich begrüßt wurden.



PODIUM „BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN – GEMEINSAM FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“

Anschließend diskutierten Regina Käseberg (Abteilungsleiterin im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz), Dominik Naab (stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings), Uwe Lübking (Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und Mitglied im Bundesjugendkuratorium), Dominik Helms (stellvertretender Vorsitzender des Kreisschülerrats Friesland) und Caren Marks (Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Christiane Poertgen moderierte.



Die geladenen Gäste folgten einer engagierten Runde, in der es unter anderem darum ging, wie der Bund vor Ort jugendgerechte Politik fördern kann, ohne Länder und Kommunen zu belehren, wie man das genau macht. Auch die Aufgaben, die Kooperationsmöglichkeiten und die Erwartungen der Länder als zentrale jugendpolitische Akteure wurden in den Blick genommen. Beispielhaft wurde die rheinland-pfälzische Initiative „Jes! Jung. Eigenständig. Stark – Dialog neue eigenständige Jugendpolitik Rheinland-Pfalz“ vorgestellt.



Ein großer Gesprächsblock war der Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene und der Rolle von Selbstorganisationen Jugendlicher gewidmet. Dabei ging es auch darum, wie diejenigen jungen Menschen motiviert werden können, die (noch) nicht engagiert sind. Einige Themen aus der Auftaktveranstaltung wurden auf dem Podium nochmals aufgegriffen – so die Erkenntnisse aus dem Forum zum Jugend-Check.

Außerdem tauschten sich die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer darüber aus, welche Bedeutung das Thema „Jugend“ in Kommunen hat, was eine jugendgerechte Kommune auszeichnet und welche Erwartungen die Kommunen an die Jugendstrategie richten. Auch das Vorhaben der Koordinierungsstelle, von 2015 bis 2018 Referenzkommunen auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit zu begleiten, kam hier nochmals zur Sprache. In Anbetracht der oftmals klammen Kassen vor Ort blieben natürlich auch die Finanzierungsmöglichkeiten nicht ausgespart.





Zur Frage, welche Verantwortung Schule hat, wenn es um Jugendgerechtigkeit geht, welche Beteiligungsmöglichkeiten sie bietet, inwiefern sie Interesse an Politik wecken und Selbstbewusstsein stärken kann, gab es besonders lebhaft Beiträge. Auch von der Begegnung der Jugendkonferenz in Friesland mit der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie und über deren Arbeitsweise wurde kurz berichtet.

Nach der Podiumsrunde begeisterte der Berliner Rapper Matondo die Gäste. Anschließend blieben sie zu einem geselligen Abend beisammen.





EVALUATION

Nach der Veranstaltung wurden 22 Evaluationsbögen zurückgegeben, das entspricht einer Rücklaufquote von acht Prozent. Das ist sehr wenig und lässt nur bedingt qualifizierte Aussagen zu. Bei künftigen Veranstaltungen wird die Koordinierungsstelle daher Maßnahmen für eine höhere Rücklaufquote ergreifen.

Die 22 Evaluationsteilnehmer und -teilnehmerinnen machten folgende Angaben über sich selbst (Mehrfachantworten waren möglich): Sechs Personen kamen aus gemeinnützigen Organisationen, je vier aus Verbänden/Fachorganisationen, aus Landesbehörden sowie aus Kommunen, zwei Personen kamen aus dem Wissenschaftsbereich. Fünf Personen ordneten sich selbst der Gruppe „Jugend“ zu. 20 Personen gaben ihr Alter an, ihr Durchschnitt lag bei 38,3 Jahren. Zehn Personen waren schon bei Veranstaltungen aus dem Bereich „Eigenständige Jugendpolitik“, sieben Personen hatten bereits an Veranstaltungen aus dem Bereich „Umsetzung der EU-Jugendstrategie“ teilgenommen. Drei Personen hatten eine Veranstaltung zum Innovationsfonds für Projekte zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik besucht.

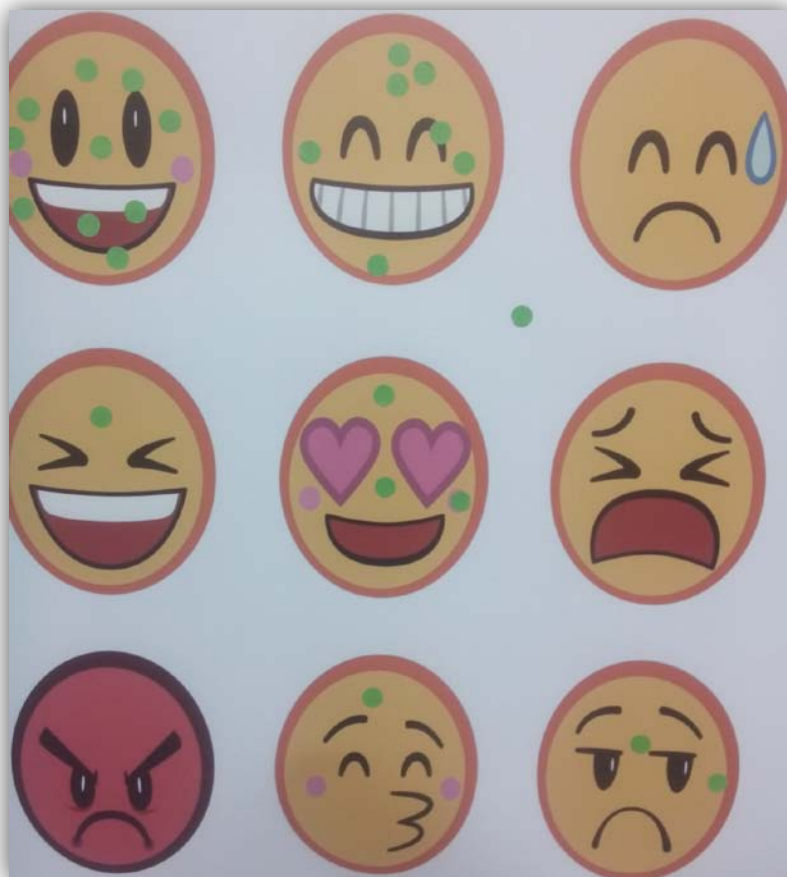
Die inhaltlichen Programmpunkte wurden auf Skalen von 1 (hat sehr gut gefallen) bis 5 (hat gar nicht gefallen) bewertet. Die Durchschnittswerte für die Veranstaltungen auf der Hauptbühne liegen zwischen 1,68 (Jugendtheatergruppe / Podium der Bundesjugendministerin mit Jugendlichen) und 2,38 (Präsentation der Koordinierungsstelle). Die Foren am Nachmittag wurden mit Noten zwischen 2,13 (Jugendgerechte Kommune) und 2,55 (Umsetzung der EU-Jugendstrategie) bewertet. Die negativen Skalenwerte wurden grundsätzlich nur sehr selten angekreuzt; 5,4% aller Notenwerte waren „gefiel mir nicht“, 0,5% waren „gefiel mir gar nicht“.

Die Organisation wurde ebenfalls auf den Skalen von 1 bis 5 bewertet. Hier reichten die Werte von 1,18 (Catering) bis 1,7 (Atmosphäre).

Die Freitextfelder wurden von zwölf der 22 Teilnehmenden genutzt. Kein Thema hat diese Rückmeldungen dominiert. Es gab sehr positive, aber auch negative Kommentare zur Moderation. Es wurde mehrfach angemerkt, dass das gewählte Veranstaltungsformat nicht sonderlich jugendgerecht sei. Auch die auf der Veranstaltung vertretenen Jugendlichen wurden vereinzelt als nicht dem „Querschnitt Jugend“ entsprechend wahrgenommen. Der Beitrag der

Bundesjugendministerin wurde als inspirierend gelobt. Die Beteiligungsmöglichkeiten an der Veranstaltung wurden auf einigen Bögen als ausbaufähig vermerkt. An einigen Stellen wurde bemängelt, dass die Strategie und die Vorhaben noch nicht konkret genug seien. Gelobt wurde das WLAN (auch wenn nicht alle Teilnehmenden die ausliegenden WLAN-Schlüssel bemerkt haben). Ein Kommentar bemängelte die Klima- und Sitzplatzsituation im großen Saal. Die Infostände wurden gelobt. Im Forum „Jugendgerechte Kommunen“ wurden Kommunalvertreter vermisst.

Es gab neben der Fragebogenevaluation auch noch die Möglichkeit, sich mit einem Emoji zur Veranstaltung zu äußern. Diese Möglichkeit nutzten anscheinend 30 Personen, wobei Mehrfachbeteiligungen nicht ausgeschlossen werden können:



Ein gemeinsamer Rückmeldebogen der 22 Teilnehmenden hätte wie folgt ausgesehen:

JUGENDSTRATEGIE 2015-2018
**HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT**

**AUFTAKT
9. JULI 2015**

BEFRAGUNG

**ZUR AUFTAKTVERANSTALTUNG DER JUGENDSTRATEGIE 2015-2018
„HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“**

am 9. Juli 2015 im dbb forum berlin, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

SIE SIND VERTRETERIN ODER VERTRETER...

☐ für Jugend
☐ einer Kommune
☐ einer gemeinnützigen Organisation
☐ eines Unternehmens
☐ einer wissenschaftlichen Einrichtung
☐ eines Verbandes / einer Fachorganisation
☐ einer Landesbehörde
☐ einer Bundesbehörde
☐ des Bundes- und Landtages
☐ für Sonstiges / und zwar ...

ALTER: 38,3 17-59

ZU WELCHEN THEMENBEREICHEN DER JUGENDSTRATEGIE HABEN SIE BEREITS EINE VERANSTALTUNG ODER VERANSTALTUNGEN BESUCHT?

☐ zur Eigenständigen Jugendpolitik
☐ zur jugendgerechten Kommune
☐ zum Jugend-Check
☐ zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie
☐ zur Demografiestrategie
☐ zum Innovationsfonds
☐ keine

WIE HABEN IHNEN FOLGENDE PUNKTE GEFALLEN?

	sehr gut	gut	mittel	nicht	gar nicht
Anmeldung	☐	☒ <u>1,64</u>	☐	☐	☐
Begrüßung	☐	☒ <u>1,72</u>	☐	☐	☐
Theatergruppe „Lebiver eigens“	☐	☒ <u>1,62</u>	☐	☐	☐
Rede der Bundesjugendministerin	☐	☒ <u>1,77</u>	☐	☐	☐
Videoclip zur Jugendstrategie	☐	☒ <u>2,05</u>	☐	☐	☐
Podium „Jugendgerechtigkeit – was genau ist das?“	☐	☒ <u>1,62</u>	☐	☐	☐
Vorstellung der Koordinierungsstelle	☐	☒ <u>2,30</u>	☐	☐	☐
Forum zum Jugend-Check	☐	☒ <u>2,32</u>	☐	☐	☐
Forum zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie	☐	☒ <u>2,56</u>	☐	☐	☐
Forum zu Jugendgerechten Kommunen	☐	☒ <u>2,10</u>	☐	☐	☐

	sehr gut	gut	mittel	nicht	gar nicht
Podium „Unsere Gesellschaft wird Jugend gerecht, wenn...“	☐	☒ <u>1,94</u>	☐	☐	☐
Abschluss und Ausblick	☐	☒ <u>2,00</u>	☐	☐	☐
Tagungsort	☒ <u>1,77</u>	☐	☐	☐	☐
Catering	☒ <u>1,78</u>	☐	☐	☐	☐
Atmosphäre	☐	☒ <u>1,90</u>	☐	☐	☐
Organisation	☒ <u>1,98</u>	☐	☐	☐	☐

WIR HOFFEN, DIE FACHTAGUNG WAR...

ABWECHSLUNGSREICH 4
 EIN ORT ZUM NETZWERKEN 7
 INFORMATIV 8
 ANSPRUCHSVOLL 1
 EIN ORT ZUM AUSTAUSCHEN 9
 INTERESSANT 7
 JUGENDGERECHT 1
 UNTERHALTSAM 2
 GUT ORGANISIERT 12
 ERHELLEND 2
 LOHNENSWEHT 4
 GUT STRUKTURIERT 9
 EMPFEHLENSWEHT 2

(Ist uns das gelungen? Bitte umkreisen Sie, was für Sie besonders zutreffend ist.)